Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 216. Mittag-Ausgabe. Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Donnerstag, den 9. Mai 1867.

Deutschland.

O. K. C. Landtags-Verhandlungen.

Berlin, 8. Mai.

6. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Eröffnung 10¼ Uhr. Die Tribünen sind mäßig besetzt. Am Ministertische Frhr. v. d. Heydt, v. Selchow, später Graf v. Bismarck.

Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen des Präsidenten wird die Schlußberathung über die Verfassung des norddeutschen Bundes fortgesetzt. Es erhält zunächst das Wort

Abg. Reichensperger (für den Antrag des Referenten). (Das Haus ist sehr unruhig und wird vom Präsidenten wiederholt zur Ruhe ermahnt): M. H.! Für ungerechtfertigt muß ich erklären den Ausdruck der Bitterkeit, mit dem die Linke gegen die Annahme der Verfassung auftritt und den Ausdruck der Hoffnungslosigkeit, mit dem die Opposition in die Zukunft blickt. Denn die Opposition sollte doch sehr wohl wissen, daß die Mehrheit der hier anwesenden Abgeordneten das Bedürfniß nach einer freiheitlichen Gestaltung unserer staatlichen Bedürfnisse hegt. Es wundert mich dies um so mehr, als die Opposition doch sonst immer gesagt hat, sie sei durchdrungen von der Ueberzeugung, daß das Volk hinter ihr stehe. Und nun, nachdem die aus dem allgemeinen Wahlrechte hervorgegangenen Vertreter des Volkes eine neue Staatseinrichtung geschaffen haben, ein Einkammersystem, das auch in Zukunft durch das allgemeine gleiche Wahlrecht gebildet werden wird, jetzt sagen Sie, daß keine Spur von Hoffnung mehr möglich und daß jede freiheitliche Entwickelung schlechthin abgeschnitten sei? Es ist dies ein Ausdruck des Kleinmuthes, der seines Gleichen nur hat in dem früher öfter ausgesprochenen Uebermuth, daß es nur eines Parlaments bedürfe, um alle Hoffnungen des Volkes auf einmal zu befriedigen. (Abg. v. Vincke-Hagen ruft: Sehr gut!) Ich begreife sehr wohl die Enttäuschung in Folge des Ausfalls der letzten Wahlen. Diese Wahlen aber können nicht als dauernder Maßstab dienen, weil sie ein Erfolg der großen Erscheinungen der letzten Zeit waren, welche auch im Abgeordnetenhause manche unerwartete Aenderungen hervorgerufen haben. Ich bin aber überzeugt, wenn dasselbe Princip in Zukunft zur Geltung kommt, daß die Versammlung immer eine Majorität bieten wird, die die Freiheitsgedanken auch in Zukunft weiter ausbilden wird.

Die Vorwürfe, welche die Opposition gegen die Verfassung macht, sind materiell allerdings gerechtfertigt. Deshalb bin ich ja auch im Schooße des Reichstages dafür eingetreten, daß die bestehenden verfassungsmäßigen Rechte der preußischen Verfassung ungeschmälert in die Bundesverfassung aufgenommen werden sollten. Ich bedauere lebhaft, daß die Majorität des Reichstages diesen Standpunkt nicht getheilt hat, weil ich die Ueberzeugung habe, daß, wenn der Reichstag seiner wirklichen wahren Ueberzeugung gefolgt wäre und den politischen Standpunkt der Nation zur Geltung gebracht hätte, die Verfassung trotzdem zu Stande gekommen wäre. Denn ich bin überzeugt, daß keine einzige Regierung der Mittelstaaten z. B. ein Interesse daran hatte, das Budgetrecht der Volksvertretung zu beschränken; im Gegentheil, der einzige Factor, der ein Interesse daran haben konnte, war die Krone Preußen. Aber die Krone Preußen hätte schließlich gewiß nicht Nein gesagt zur Bundesverfassung, wenn die in der preußischen Verfassung sanctionirten Rechte in dieselbe übertragen worden wären; denn der Krone Preußen ist trotzdem darin so viel an Macht und an Rechten eingeräumt worden, wie früher nie. — Das war mein Standpunkt im Reichstage. Anders liegt die Sache hier. Die Majorität des Reichstages hat die vorliegende Verfassung acceptirt. Das preußische Abgeordnetenhaus darf sie nicht ablehnen. Denn hat denn das Abgeordnetenhaus etwa das Recht, die Macht oder den Beruf, eine andere und bessere Verfassung zu Stande zu bringen? Eine einzige Frage ist hierbei maßgebend: Ob die unveränderte Beibehaltung der preußischen Verfassungs-Paragraphen wichtiger ist als das Zustandekommen des norddeutschen Bundes? Diese Frage muß ich verneinen. Wer die Nothwendigkeit des Zustandekommens des norddeutschen Bundes heute noch verkennt oder ableugnet, der ist herausgetreten aus der ganzen Lebensströmung des deutschen Volkes, der steht auf dem Standpunkte eines Doctrinarismus der schlimmsten Art, indem er eine vollkommene Entfremdung der Deutschen vorzieht einer, wenn auch mangelhaften, bundesmäßigen Vereinigung. (Beifall rechts.) Denn ohne die Bundesverfassung ist nach den letzten Ereignissen Norddeutschland nicht einmal mehr ein geographischer Begriff.

Die Annahme der Verfassung halte ich deshalb für eine absolute Nothwendigkeit, für eine Existenzbedingung von Deutschland; es muß ein Massenkörper gebildet werden, der eine Anziehungskraft auf die durch die Ereignisse losgelösten deutschen Glieder ausüben soll, um sie wieder zu vereinigen. Geschieht dies nicht, so sind wir es, die Deutschland in die beklagenswerthe Lage bringen, in der sich Polen heute befindet. Wir sind dann noch schlimmer daran, da wir dann nicht einmal berechtigt sind, Anklagen gegen Andere deshalb zu erheben. — Es ist nun gesagt worden: Diese Einheit könne ja auch herbeigeführt werden durch Militar-Conventionen, durch Fürstenverträge. Diese Ansicht von politischen Enthusiasten zu hören, hätte ich am wenigsten erwartet. Für die wahren Interessen des preußischen und deutschen Volkes kann jedenfalls durch solche Verträge nichts geleistet werden. (Redner geht darauf auf eine Widerlegung der früheren Redner ein, welche gegen die Verfassung aufgetreten, und sucht nachzuweisen, daß die Mängel der Verfassung nicht so bedeutend sind, um eine Ablehnung derselben zu rechtfertigen. Bei der Unruhe des Hauses, die trotz der wiederholten Mahnung des Präsidenten, welcher das Haus mehrere Male bittet, sich doch die Unbequemlichkeit, etwas still zu sein, aufzuerlegen, da er den Redner vom Präsidentensitz aus selbst nicht verstehen könne, sich immer mehr steigert, sind die Ausführungen des Redners auf der Journalistentribüne sehr schwer verständlich.) Die Verweigerung der Diäten ist allerdings zu beklagen, ich glaube aber, daß sie für die Dauer unmöglich ist, da die Versammlung sonst nicht zusammenhalten wird und man das Mittel, welches man beim preußischen Herrenhause gebraucht, die Beschlußfähigkeit auf ⅓ der Mitglieder herabzusetzen, bei dieser Versammlung unmöglich in Anwendung bringen kann. — Wir haben so oft die Versicherung von Deutschen gehört, daß sie mit Gut und Blut für das Vaterland eintreten wollten; hier ist nun Gelegenheit für die Preußen speciell, einmal etwas Selbstverleugnung zu üben. — Den Deutschen ist oft nachgesagt worden: „Sie kommen stets zusammen, aber niemals überein". Ich hoffe, meine Herren, daß wir hier darüber überein kommen werden, ein Werk zu begründen, das uns für die Zukunft die volle deutsche Einigung in Aussicht stellt.

Abg. Dr. Löwe (gegen den Antrag des Referenten): Mit großer Aufmerksamkeit bin ich den Ausführungen des Herrn Vorredners gefolgt, indem ich begierig war, den dialektischen Proceß mit anzusehen, der es dem verehrlichen Mitgliede möglich machte, im Reichstage gegen die Verfassung zu stimmen und hier die Gründe für die Annahme derselben zu entwickeln. Es thut mir aber leid, trotz der so lebhaften Erörterung des Redners, auch keinen einzigen entscheidenden Grund für die Aenderung seiner Ansicht gehört zu haben. Ich habe nur gehört, daß wir, die wir hier endgiltig entscheiden sollen, uns in einer anderen Lage befänden, als die Versammlung, welche zuerst darüber abgestimmt hat. Der Redner hat auch davon gesprochen, daß wir hier nur Mandataren derselben Wähler sind, welche die andere Versammlung zu einer späteren Zeit gewählt haben; daß wir also nicht berechtigt wären, dem Votum dieser Versammlung entgegenzutreten. Da möchte ich doch dem Herrn Redner seine eigenen Worte entgegenhalten: „daß er es am tiefsten beklage, daß die Versammlung ihrer eigensten Ueberzeugung und ihrem besten Wissen in den Abstimmungen nicht Ausdruck gegeben habe; daß sie also Beschlüsse gegen ihre bessere Ueberzeugung gefaßt und daß, wenn die Beschlüsse so ausgefallen wären, wie sie sich nach der Zusammensetzung des Reichstags erwarten ließen, die wesentlichsten Differenzen zwischen dieser und jener Versammlung fortfallen würden. — Ich bin der Meinung, daß wir hier keine weitläuftigen Speculationen darüber anzustellen haben, was wir in diesen oder jenen anderen Verhältnissen thun würden, sondern, daß wir einfach zu fragen haben, ob das, was wir hier thun wollen, mit unserer Ueberzeugung und unserem Gewissen übereinstimmt. — Wenn ich nun zur Frage selbst übergehe, muß ich vor allen Dingen zwei Vorurtheile beseitigen. Erstens das, daß die äußeren Verhältnisse so drängend sind, daß wir in diesem Augenblicke nichts Anderes thun dürften, als die Einheit dem Auslande gegenüber herzustellen.

M. H.! Niemand, glaube ich, kann mehr von dieser Pflicht durchdrungen sein wie ich, daß es die höchste Pflicht ist, die Macht und Einheit unseres Vaterlandes sicher zu stellen und die Selbstständigkeit der Nation dem Feinde gegenüber zu wahren. Was wir hier aber vorläufig feststellen sollen, ist nicht die ganze Nation und es ist auch nicht das, was der Vorredner als das Minimum seiner Forderung bezeichnet hat, der Krystallisationspunkt, der Ausgangspunkt zur vollen Einigung. Selbst nach Annahme dieser norddeutschen Verfassung stehen wir dem Auslande keineswegs geeinigt gegenüber, sondern noch immer in verschiedenen Gruppen. Der Zusammenhang mit Süddeutschland und die ganze Entwickelung des norddeutschen Bundes ist nicht hinreichend gewahrt in der Verfassung; nicht einmal das Verhältniß zum Zollverein ist bestimmt dargelegt. Ich weise deshalb die Ansicht zurück, daß wir, wenn wir diese Verfassung des norddeutschen Bundes annehmen, die von der Nation verlangte Einheit herstellen. Ich weise aber auch ferner die Anforderung zurück, daß wir uns eines drängenden Momentes wegen entschließen dürften, ein Institut zu begründen, das unsere ganze Zukunft in Frage stellt. (Sehr wahr! links.) Compromisse kann man schließen bei einzelnen Maßregeln, deren Tragweite man klar übersehen kann. Wir gingen auf ein Compromiß ein bei der Anleihe, wir schlossen ein Compromiß bei der Indemnität, da wir die Folgen dieser Beschlüsse übersehen konnten. Wir gingen auf ein Compromiß ein beim Reichswahlgesetz mit Bezug auf die Diäten für den ad hoc zu berufenden Reichstag, da wir hiernach genau beurtheilen konnten, welche Verlegenheiten für das eine Mal daraus entstehen konnten. Das war ein Compromiß ad hoc. In der Commission des Abgeordnetenhauses wurde die Sache von allen Seiten besprochen. Die Majorität ließ sich hier lediglich leiten durch den bestimmten Widerspruch der Regierungs-Commissarien, daß die ganze Berufung des Reichstags daran scheitern würde, und durch die vom Ministerpräsidenten ausgesprochene Ansicht, daß es ja Sache des Reichstags selber sei, darüber zu entscheiden.

Der einleuchtende Grund war der, daß man sagte: Der Regierung, welche sagt, die deutsche Einheit begründen zu wollen, dürfe man dabei kein absolutes Hinderniß in den Weg legen; und daß, wenn die Vertreter der preußischen Regierung behaupteten, daß sie von ihren Mitverbündeten abgehalten würde, dies zuzugestehen, man auch dies selbst glauben wollte, um nicht dieselbe Verantwortung auf sich zu laden, welche die Regierungen übernommen haben, als sie früher die Bestrebungen der Nation nach Einheit zurückdrängten. Aus diesen Erwägungen, m. H., werden Sie sehen, wie schwer es mir heute wird, daß ich Nein sagen muß; und ich muß als durchaus unbegründet die Anschuldigung des Vorredners zurückweisen, daß wir heute Nein sagten, weil wir wüßten, daß unser Votum doch keine praktische Bedeutung habe, da die Majorität für die Verfassung gesichert wäre, daß wir aber nicht Nein sagen würden, wenn dies nicht sicher wäre. Für mich und im Namen der mir näher stehenden Parteigenossen kann ich die bestimmte Versicherung abgeben, daß wir dringend wünschen, die Majorität dieses Hauses möchte heute Nein sagen. (Sehr wahr! links.) Ich stelle mich dabei, meine Herren, durchaus nicht auf den idealen Standpunkt, daß ich das Gute verwerfe, weil ich das Bessere wünsche. Ich weiß sehr wohl, daß es unmöglich ist, alle Wünsche und Hoffnungen auf einmal zu realisiren. Ich weiß sehr wohl, daß jede Verfassung auf dem Boden der Thatsachen beruhen und die historische Entwickelung des Volkes berücksichtigen muß. Es ist aber die Aufgabe der Verfassung, die guten Elemente zu sammeln und hervortreten zu lassen, die schlechten und krankhaften Elemente dagegen zu zerstreuen und in den Hintergrund zu schieben. Ich weiß sehr wohl: Jede Verfassung beruht mehr oder weniger auf einem Compromiß. Auch diese Verfassung ist ein Compromiß. Wo liegt aber hier der Compromiß? Ist es denn etwa ein Compromiß zwischen der Staatsregierung und den Volksrechten? Ist es ein Compromiß zwischen der Macht des Staates, der an Absolutismus gewöhnten Regierung und dem Streben des Volkes nach Freiheit? Nein, wenn es überhaupt ein Compromiß ist, so ist es ein Compromiß zwischen dem militärischen Despotismus der preußischen Regierung und den particularistischen Bestrebungen der Klein-Staaten.

Der Herr Ministerpräsident hat im Reichstage sehr richtig bemerkt, daß der Particularismus der ärgste Feind der deutschen Einheit sei. Und nun müssen wir erleben, daß gerade diese Erbkrankheit, dieser Krebs der deutschen Geschichte, in der Verfassung wieder gesammelt wird als Bundesrath. Ich sehe vor mir eine mitleidige Handbewegung, als ob der Bundesrath wenig oder gar nichts zu bedeuten habe; als ob Preußen durch seine Autorität denselben vollständig beherrschen werde, als ob durch die letzten Ereignisse den Einzelfürsten der Giftzahn ausgebrochen wäre, mit dem sie die nationalen Interessen der Deutschen so lange Zeit schwer geschädigt haben. M. H.! Ich beschwöre Sie, täuschen Sie sich ja nicht über die Bedeutung der Souveränetät. Es ist immer der Charakter der Souveränetät gewesen, sich möglichst abgeschlossen zu halten gegen ihre Umgebung, und die eigene Existenz als das höchste und einzige Ziel ihrer Bestrebungen hinzustellen. M. H.! Ich fürchte sehr, es könnten einmal die Tage kommen, wo die Einzelsouveräne ein Interesse daran haben, nicht mehr sich für verpflichtet zu erachten zur Haltung der Verfassung, auf die ja Niemand verpflichtet ist, da sie ja im Wesentlichen nichts Anderes ist als ein Tractat unter Fürsten. Die Verfassung ist gearbeitet nach der augenblicklichen vorübergehenden Stimmung, nach einer sehr gehobenen Stimmung, von der man glaubt, daß sie immer die zwingende Kraft ausüben werde wie gegenwärtig. Die Verfassung scheint mir geschrieben lediglich mit Rücksicht auf die persönlichen Fähigkeiten des Mannes, auf den sie berechnet ist. Nun, meine Herren, ich glaube, wenn dieser Mann einmal seine Memoiren schreibt, so wird ein sehr starkes Capitel derselben die Ueberschrift führen: „Fürstliche Vetterschaft". Und ich bitte Sie, auch in diesem Augenblick die Bedeutung dieses Moments nicht zu unterschätzen. Ich glaube jedoch nicht, daß hier eine psychologische Calculation nothwendig ist; in der Verfassung selbst finden wir das äußere Maß dafür. Dieses Maß liegt in den Militäreinrichtungen.

Es ist gesagt worden: der Particularismus muß beitragen zur Erleichterung der auf uns ruhenden Lasten. Der Particularismus hat zugestimmt, obgleich er selbst darunter leidet. Was hat der Particularismus aber zum Ersatz dafür bekommen? M. H.! Der Reichsverfassung von 1849 ist öfter der Vorwurf gemacht worden, daß die Militär-Einrichtungen nicht stramm, nicht einheitlich genug wären. In der neuen Verfassung haben wir nun allerdings ein einheitliches Commando, ein einheitliches Reglement. Aber die Einzelstaaten sind doch bei der Zusammensetzung und Verwaltung der Armee noch in hohem Grade selbstständig geblieben. Oder glauben Sie denn nicht, daß jene hannoverschen Offiziere, die nicht in preußische Dienste eintreten wollten, aber in sächsische traten, glauben, dort eben so gut preußisch zu sein? Es ist klar, der Particularismus hat einen bedeutenden Einfluß auf die Militär-Einrichtungen. Wie Sie nun sehen, daß wir mit unseren Rechten gegen den militärischen Absolutismus in der Verfassung fast vollständig verschwinden, so müssen sie zugestehen, daß der Particularismus sehr einflußreich geblieben ist. — Es ist nun gesagt worden: es sei ein großer Vorzug, daß wir ein Einkammersystem bekommen. Nun, meine Herren, ich dächte, der Bundesrath erfüllte alle Functionen des Oberhauses, und noch mehr. Für mich ist es einer der entscheidenden Gründe, gegen die Verfassung zu stimmen, da ich sehe, daß es ihr an der Entwickelungsfähigkeit fehlt. Ich bin nicht im Stande, das aus der Verfassung herauszulesen, wie einige Vorredner, daß sich aus diesem Kern ein ganzes einiges Deutschland entwickeln könne. Schon das Stimmverhältniß im Bundesrath scheint mir ein Hinderniß zu sein. Jetzt ist es doch bekanntlich so, daß keine Verfassungsänderung ohne die Zustimmung Preußens durchgesetzt werden kann und wohl überhaupt kaum die Stimmenmehrheit gegen Preußen ausfallen wird. Sobald nun neue Staaten eintreten wollen, wird das Stimmenverhältniß geändert werden müssen; es ist dies eine Verfassungsänderung, wozu ⅔ Majorität, also die Zustimmung Preußens erforderlich ist.

Preußen wird aber an einer solchen Aenderung nur Interesse haben, wenn es in den wahren Constitutionalismus, in eine verantwortliche Regierung eintreten wollte, um dadurch dem Particularismus gegenüberzutreten und ihn jeden Anspruchs an die Mitregierung zu berauben. Die kleinen Staaten werden aber gar kein Interesse haben, eine Aenderung eintreten zu lassen. Es wird also nichts zu Stande kommen. Einer wird dann immer die Schuld auf den anderen schieben, zumal der Bundesrath keine öffentlichen Verhandlungen kennt. So lange also in Preußen die Leidenschaft prädominirt, das Militärwesen von aller Controle der Volksrepräsentation zu befreien, ist für Preußen kein dringender Grund zur Zustimmung vorhanden. — Man sagt nun: Mit Rücksicht auf die äußere Verwickelung, auf den drohenden Krieg muß eine Verfassung zu Stande kommen, wenn sie auch noch so mangelhaft ist. Nun, m. H., glauben Sie denn etwa, daß die Fürsten sich darum länger an den Tractat gebunden halten werden, weil noch ein Parlament daneben besteht? Glauben Sie nicht, daß es unter den Fürsten einzelne geben kann, welche trotzdem mit anderen Mächten Verhandlungen außerhalb Preußens führen können? Man müßte die deutsche Fürstengeschichte nicht kennen, wenn man über diesem Gefühl die Augen verschließen könnte. (Große Bewegung.) Vor 18 Jahren, m. H., hörte man vielfach die Ansicht aussprechen: „Beruft ein Parlament, das wird schon Alles in Ordnung bringen". Ich war damals zwar nicht absolut gläubig, hatte aber doch keinen Grund, es zu bezweifeln. Nach den Erfahrungen jedoch, die ich gemacht, wie nichtig die öffentliche Meinung ohne eine reale Macht ist, ist dies nicht mehr meine Ueberzeugung. Ich habe deshalb meine Freunde in den letzten Jahren oft gewarnt, nicht zu viel auf ein Parlament zu bauen, wenn nicht eine vom Volkswillen controlirte Regierung daneben steht; sonst würden wir mit diesem Parlamente schlechter stehen als vorher.

Und nun verlangt man von uns, daß wir in Deutschland, wo so schwer Formen gewonnen werden für eine verfassungsmäßige Regierung, so leicht über die Verfassung hinweggehen? Wenn Sie, m. H., jetzt das Werk so annehmen, so schließen Sie eine ganze Epoche ab; sie schließen ab die Epoche der Reformbestrebungen. Nehmen Sie diese Form an, in der der Volkswille gar nicht zur Geltung kommt, wo die Einzelfürsten eine so machtvolle Stellung haben, wo der Militärabsolutismus, an dem die Wirksamkeit unserer eigenen Verfassung zerschellt ist, so eigenmächtig hingestellt ist, so beseitigen Sie die Möglichkeit einer Reform-Entwickelung in der großartigsten Weise. An die Stelle der Reformbewegung wird dann treten eine andere Strömung, die über die Reformbewegung hinweggehen wird, die revolutionäre Bewegung. (Große Bewegung.) Wenn Sie (nach rechts gewandt) Augen und Ohren hätten für die Zeichen der Zeit, so würden Sie dies schon jetzt wahrnehmen. Dies soll, meine Herren, von meiner Seite weder eine Drohung noch eine Hoffnung sein. Denn, wer, wie ich, schon 2 Mal einen so großen Wechselfall erlebt hat, bei dem ist es nach menschlicher Voraussicht nicht wahrscheinlich, daß er auch noch einen dritten erleben wird; denn die menschlichen Dinge entwickeln sich sehr langsam. Mit Annahme dieser Verfassung, m. H., contrahiren Sie heute eine Schuld, welche die spätere Zeit schwer zu zahlen haben wird; Sie thun dies dadurch, daß Sie die natürliche Reformbewegung abschließen. Wenn ich für diese Verfassung stimmen wollte, so könnte ich dies nur als Pessimist thun; ich bin aber nie Pessimist gewesen und werde mich auch nie dem Pessimismus ergeben; deshalb stimme ich gegen die Verfassung. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Lasker: M. H.! Ich hoffe, daß die Zeit nicht fern sein wird, wo Diejenigen, die jetzt in so scharfer Opposition zu dieser Verfassung sich befinden, sich bekehren und auf den durch dieselbe geschaffenen Boden stellen werden. Auch die Reichsverfassung von 1849, auch die preußische octroyirte Verfassung wurden damals von der äußersten Linken für den Ruin der Volksrechte erklärt; lieber gar keine Verfassung, hieß es, als diese, mit diesen Verfassungen wird die Freiheit zu Grabe getragen. M. H., die damals so sprachen, das waren dieselben Herren, die auch heute in dieser Verfassung den Ruin aller Volksrechte erblicken (Bravo! rechts). Ich hoffe, es wird ihnen mit dieser Verfassung ebenso gehen, wie mit jener, die sie heute vertheidigen; sie werden in ganz kurzer Zeit eingestehen, es sei möglich, auch auf dem durch diese Verfassung eingeräumten Platze zugleich für die Freiheit und die deutsche Einheit zu kämpfen. Ich habe dieser Debatte die Bedeutung zugeschrieben, daß die Ansichten über die Verfassung geklärt werden sollen, das ist auch zum Theil erreicht, trotz der vielen Angriffe, die ohne Grund auf sie gemacht worden sind. Der Abg. Dr. Löwe hat als den schwächsten Punkt der Verfassung soeben den Bundesrath bezeichnet, und die Schwäche Preußens dem Particularismus gegenüber. Es ist sehr erfreulich, m. H., daß die Minderheit, die gegen die Verfassung stimmen wird, dies thun wird aus vielen und besonderen Gründen, daß nicht ein für alle gleich wichtiges Motiv vorhanden ist, sondern daß jeder seine besonderen Gründe hat.

So hat uns das geistliche Mitglied für Allenstein gestern auseinandergesetzt, nur die verweigerten Diäten seien es, die ihn dazu bewegen, gegen die Verfassung zu stimmen; sonst könnte darin stehen, was da wolle. Dem geistlichen Hrn. Abgeordneten wurde Anfangs Beifall von jener Seite (der linken); derselbe verstummte aber, sobald sich aus dem Berge der großen Bedenken die kleine Maus seiner individuellen Ansicht über die Diätenfrage entwickelte. Der geistliche Hr. Abgeordnete hat unter Anderem in seinen frommen Betrachtungen auch erklärt, weil wir verschiedener Ansicht als er über die Diätenfrage sind, so sei auf uns kein Verlaß mehr. (Hört! Hört!) Von anderer Seite wieder wird uns als größter Fehler der Verfassung der Mangel der Grundrechte genannt, wenn nur die Grundrechte darin wären, dann könnte sogar auch das Normalbudget darin enthalten sein. Andere legen auf die schlechte Ordnung des Budgets, noch Andere auf die Ministerverantwortlichkeit das Hauptgewicht. M. H., es ist gut, die Verfassung von allen Seiten zu beleuchten, auch gut, ihre Mängel hervorzuheben, aber es ist nicht gut, ihre Mängel zu übertreiben, denn es ist der Rechtsboden, auf dem wir künftig stehen werden. Es ist nicht gut, wenn man uns hier von liberaler Seite mit Interpretationen derselben kommt, die den berüchtigten Interpretationen von der Lückentheorie um keine Hand breit nachstehen. Ich sehe schon im Geiste die Herren Wagener und Blanckenburg in einem künftigen Reichstage dastehen und die Reden der Herren Virchow und Waldeck in der Hand uns über den wahren Sinn verschiedener Verfassungsartikel aufklären. (Große Heiterkeit.)

Der Abg. Waldeck meinte, es habe drei Wege gegeben, ein einheitliches Band für die norddeutschen Staaten zu constituiren, entweder der Abschluß von Militärverträgen oder der Weg, daß man die Abgeordneten der anderen Staaten auch hierher in den preußischen Landtag schickte, oder endlich der Bundesstaat. Ich verstehe es nun durchaus nicht, wie man Militärverträgen den Vorzug geben kann vor einer Verfassung. Mein Freund, der Abg. Dr. Löwe, hat ausgeführt, daß die deutschen Fürsten zur Zeit der Noth sich von der Verfassung losmachen würden. Ja, m. H., bei Militärverträgen, bei bloßen Verträgen ist das allerdings möglich, aber der Bruch einer Verfassung ist Hochverrath (Bravo! rechts) und das ist in der Verfassung auch so bezeichnet und ich glaube nicht, daß irgend einer der Fürsten sich desselben schuldig machen wird, trotz der schönen Theorie des Abg. Virchow, daß, weil diese Verfassung nicht beschworen wird, auch Niemand gebunden sei, dieselbe zu halten, trotz dieser aus dem Mittelalter stammenden Theorie. (Heiterkeit rechts.) Ich verwerfe ganz und gar diese Ansicht, daß eine Verfassung um deswillen gebrochen werden kann, weil kein Eid auf dieselbe geleistet sei. Und wenn es doch vorkommen sollte in einem Territorium, nun, dann wird es keinen Krieg mehr und keine Friedensverträge mehr geben, sondern einen Hochverrathsproceß. (Bravo rechts.) Und der zweite Vorschlag, die Abgeordneten der anderen Länder sollten hier mit uns tagen, reicht der denn aus? Müssen dann nicht auch in das Herrenhaus neue Vertreter gesandt werden, und müssen nicht auch die Regierungen sich daran betheiligen? Und dann weiß ich wirklich nicht, ob es besser ist, uns auf diese Weise vermittelst des Dreiklassenwahlsystems zu vermehren, als einen einzigen solchen Körper, der aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangen ist, zu besitzen. Der dritte Weg, den Herr Waldeck angab, war der, daß man einen Bundesstaat machen solle. Aber das haben wir ja gethan.

Wie stellen Sie sich vor, daß das in anderer Weise hätte geschehen sollen? Glauben Sie denn im Ernst oder muthen Sie uns zu, im Ernst zu glauben, daß ein Staatenhaus, wie es die Reichsverfassung von 1849 aufstellt, gewählt von der Majorität beider vereinigten Kammern der Einzel-Landtage, daß ein solches Staatenhaus die Sache der Freiheit besser wahren wird? Denken Sie sich doch diese rechte Seite des Hauses hier vereint mit dem Herrenhause, und das Resultat ist klar. (Heiterkeit rechts.) Wozu denn dies Mittelglied eines Staatenhauses zwischen Regierungen und Volk? Meine Herren! Ich selber habe zu denjenigen Mitgliedern des Reichstages gehört, die für viele Bestimmungen auf das Eifrigste eingetreten sind, die leider nicht die Majorität des Hauses erlangten, ich habe zu denen gehört, die auf sogenannte Cabinetsfragen keine Rücksicht genommen. Aber jetzt muß mit Thatsachen gerechnet werden, auch mit der bestimmenden Mehrheit. Wir müssen jetzt etwas zu Stande bringen. Die Zukunft gehört uns doch, die Zukunft wird uns Gerechtigkeit widerfahren lassen. Es ist gesagt worden, der ursprüngliche Verfassungsentwurf sei durch unsere sogenannten Verbesserungen nur verschlechtert worden. Meine Herren! Ich will diese Verbesserungen, die zum Theil sehr erheblich sind, nicht im Einzelnen aufzählen, zum Theil Verbesserungen, die allein es uns möglich gemacht haben, die Verfassung schließlich anzunehmen. Auch das gereicht der Verfassung zur Empfehlung, daß eine so überwiegende Majorität, und in dieser so viele liberale Männer

sich ihr anschließen und ihr damit den Stempel der Weihe aufdrücken konnten. Es giebt, meine Herren, im politischen Leben zuweilen Rückströmungen, zuweilen Zeiten der liberalen Entwickelung, und daß so eine die heutige Zeit ist, daß wir hier in eine Aera der Reform und des Vorwärtsschreitens hineinarbeiten, darüber habe ich nicht den geringsten Zweifel. Aber darum ist es auch dienlich, daß man über diese Verfassung, die Basis der künftigen Entwickelung, die volle Wahrheit sage, daß man nicht fortwährend so unendlich schwarz malt, als ob es nicht möglich sei, irgend einen hellen Ton darin zu finden.

M. H.! Mir gefällt die Verantwortlichkeit, wie sie in dieser Verfassung ausgesprochen ist, auch nicht. Aber der Unterschied, der uns gestern auseinandergesetzt wurde zwischen ihr und der preußischen Verfassung, daß die letztere die Verantwortlichkeit wenigstens im Principe, die Bundesverfassung aber gar nicht enthalte, dieser Unterschied existirt nicht. Sie existirt in beiden nur im Principe und ebenso besteht schon jetzt in beiden die volle civilrechtliche Verantwortlichkeit. Was die criminalrechtliche Verantwortlichkeit angeht, so hat gestern der Abg. Schulze-Delitzsch richtig hervorgehoben, daß dabei fünf Momente in Betracht kommen, wer verantwortlich ist, wer diese Verantwortlichkeit geltend zu machen hat, wofür, vor welchem Gerichte, in welcher Weise. Verantwortlich nun nach der Bundesverfassung ist der Bundeskanzler. Das „Wofür?" ist nach der preußischen Verfassung nur Verfassungsverletzung, Bestechung und Hochverrath, während nach der Bundesverfassung jede Regierungshandlung es ist. Wer die Verantwortlichkeit geltend zu machen hat, ist in keinen von beiden Verfassungen bestimmt. Was das „Von wem?" anbelangt, so verschweigen Sie sich doch nicht, m. H., daß Sie die betreffenden Worte der preußischen Verfassung nicht würden in die Bundesverfassung aufgenommen, daß Sie das Obertribunal nicht zum competenten Gericht darüber würden gewünscht haben. In welcher Weise endlich solche Anklagen verhandelt werden sollen, ist auch in der preußischen Verfassung nicht ausgesprochen; es wird nur auf ein Gesetz verwiesen. Es steht also Alles völlig gleich in beiden Verfassungen, sollte einer von beiden der Vorzug gegeben werden müssen, so würde es wohl die Bundesverfassung sein. Wissen Sie, m. H., warum wir Widerstand geleistet haben gegen den Artikel 17 derselben? Lediglich, weil wir uns sagten, der Bundeskanzler als einzelner Mann könne nicht die Verantwortlichkeit übernehmen für Alles, und wir verlangten daher verantwortliche Vorsteher der einzelnen Verwaltungszweige. Der Herr Graf Bismarck antwortete uns, ich will keine selbstständigen Verwaltungschefs haben, ich will Alles allein besorgen und allein die Verantwortlichkeit übernehmen. Die Verwaltungschefs sollen nichts sein als seine Commis (Heiterkeit rechts).

M. H., es ist mir unmöglich, alle die Vorwürfe einzeln durchzugehen, welche in gleich ungegründeter Weise wie in Bezug auf die Verantwortlichkeit gegen viele andere Punkte der Verfassung vorgeführt sind. Ich will bei dem Budgetrecht bleiben. Da glaube ich denn, es wird nicht lange dauern, und man wird allgemein das Budgetrecht für weit besser halten, als wir es je in Preußen besessen haben. Es wird immer behauptet, der Präsenzstand der Armee sei in alle Ewigkeit hin auf 300,000 Mann festgestellt. Es hilft nichts, daß wir das bestreiten, daß wir in Wirklichkeit gerade das Gegentheil davon beschlossen haben, die Herren bleiben doch bei ihrer Behauptung. (Heiterkeit rechts.) So etwas, m. H., läßt sich gar nicht mehr widerlegen, da muß man einfach „Ja" gegen „Ja" und „Nein" gegen „Nein" setzen und die Herren nur bitten, sie möchten die Verfassung doch einmal lesen. (Heiterkeit rechts.) Das Amendement Ujest-Bennigsen hat nur mit dem Gelde, gar nichts mit den Mannschaften zu thun. Es steht allerdings darin, daß die Gelder fortgezahlt werden müssen in die Bundeskasse. Der Abg. Virchow bedauert, daß über dies Amendement keine Aufklärung durch die Debatte stattgefunden habe. Der Herr Abgeordnete hat wahrscheinlich in die betreffenden Verhandlungen noch nicht Einsicht nehmen können, ich habe aber heute ein Exemplar des Berichtes mitgebracht und ich will es ihm nachher zur Information übergeben (Heiterkeit rechts.) — Redner recapitulirt nun die Auslassungen des Abg. v. Vincke (Hagen) und v. Blanckenburg, sowie seine eigenen über das betreffende Amendement in der damaligen Reichstagssitzung.

Der Herr Ministerpräsident erhob allerdings nur geringen Widerspruch gegen dasselbe, aber wohl nur, weil er fürchtete, daß dann in der That eine große Anzahl von liberalen Mitgliedern gegen die ganze Verfassung stimmen würde. Eine höhere aber und die beste Autorität für die Wichtigkeit dieses Amendements ist die Thronrede Sr. Majestät des Königs, welche es anerkennt, daß jeder Titel der Rechte des preußischen Volkes, also auch die Ausgabebewilligung des Militärbudgets in der Bundesverfassung gewahrt, daß auch dies Recht aufrecht erhalten sei. Lesen Sie doch nur den Wortlaut des betreffenden Passus. Es heißt da: „Nach dem 31. Dezember 1871 müssen diese Beträge von den einzelnen Staaten des Bundes zur Bundeskasse fortgezahlt werden" — ganz wie im preußischen Staat, wo auch die Einnahmen stets fortgezahlt werden müssen; nun heißt es weiter: „Zur Berechnung derselben wird die im Artikel 60 interimistisch festgestellte Friedenspräsenzstärke so lange festgehalten, bis sie durch ein Bundesgesetz abgeändert ist." Also nur die Berechnung, das Calculatorische ist hier verstanden. Man macht ein Kind stutzig, wenn man es fragt: „Wie viel macht 4 Aepfel mal 5 Birnen?" Wenn es aber ein kluges Kind ist, so wird es sagen, „4 Aepfel kann ich nur mit 5, nicht aber mit 5 Birnen multipliciren". Ebenso darf man doch hier nicht 225 Thlr. mit 300,000 Mann multipliciren. „Dieselbe Friedenspräsenzstärke dauert doch auch nach 1871 fort" deduciren jene Herren. Nein, nur diese Beiträge fließen auch nach 1871 fort. (Heiterkeit rechts.) Die Präsenzstärke wird durch ein Bundesgesetz festgestellt. Dies ist ja der Grund, warum Hr. v. Vincke und Hr. v. Blanckenburg so eifrig sich dagegen aussprachen. Das ist ja, sagten sie, wieder der Weg zu dem alten Conflicte! Also beruhigen Sie sich, meine Herren! Es ist Alles aufrecht erhalten, es ist die Möglichkeit eines Conflictes gewahrt! (Stürmische Heiterkeit rechts.)

Der Gipfelpunkt aber, m. H., aller Interpretationen war die von dem Abg. Virchow gestern gegebene. Dieselbe bedarf keiner ernstlichen Widerlegung. Nur aus seinem Tone ist mir klar geworden, daß er in der That diese Meinung hat (Heiterkeit rechts), daß er wirklich der Ansicht ist, es müßten nach der Verfassung eingezahlt werden nicht nur diese 67½ Millionen, sondern außerdem noch die aus den Zöllen, Verbrauchssteuern u. s. w. fließenden 50 Millionen, daß also jährlich 117½ Millionen eingezahlt werden müssen, obwohl oft genug berechnet worden ist, daß nur ca. 72½ Millionen nöthig sein würden. Aber außerdem steht auch das volle Gegentheil davon in der Verfassung. Es heißt ja ausdrücklich im Artikel 70: „Zur Bestreitung aller gemeinschaftlichen Ausgaben dienen zunächst die etwaigen Ueberschüsse der Vorjahre, sowie die aus den Zöllen, den gemeinschaftlichen Verkaufssteuern und aus dem Post- und Telegraphenwesen fließenden gemeinschaftlichen Einnahmen. Insoweit dieselben durch diese Einnahmen nicht gedeckt werden, sind sie, so lange Bundessteuern nicht eingeführt sind, durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung aufzubringen, welche bis zur Höhe des budgetmäßigen Betrags durch das Präsidium ausgeschrieben werden."

Und wenn auch wirklich des Abg. Virchow Ansicht richtig wäre, so hätte der Finanzminister nicht einmal den Vortheil davon; er müßte ja nach eben diesem Artikel Alles, was er von den großen Einnahmen nicht hat verwenden können, im nächsten Jahre als Ueberschüsse des Vorjahres auf den Etat bringen. Freilich, was bei einer solchen Finanzwirthschaft werden sollte, weiß ich nicht. Ich denke aber, der Herr Abgeordnete wird sich jetzt wohl beruhigen, namentlich wenn der Herr Finanzminister vielleicht die Güte haben wollte, anzudeuten, daß dies nicht gemeint ist. Daß dies nicht so gemeint sein kann, weiß ich sowohl aus dem Worte der betreffenden Artikel wie aus dem Sinn jeder vernünftigen Finanzgesetzgebung. Der Herr Abg. Virchow hat ferner berechnet, das preußische Abgeordnetenhaus würde sich künftig nur mit ca. 31½ Millionen zu beschäftigen haben. Außerdem aber, daß er hier den vorigen Fehler natürlich wiederholt, hat er noch merkwürdiger Weise einen Umstand vergessen, den er wohl in der Lage gewesen wäre, mit in Rechnung zu ziehen. (Heiterkeit rechts.) Mit Hinzutritt der neuen Provinzen werden nämlich mindestens 26 Millionen dazu kommen, und so würde auch nach seiner Berechnung das preußische Abgeordnetenhaus nicht 31½, sondern 57 oder 58, in Wahrheit aber über 70 Millionen zur Disposition haben. M. H.! Daß über solche Dinge eine Aufklärung im Landtage nothwendig sein werde, darauf hatte ich allerdings nicht gerechnet. (Bravo rechts.)

Zum Schluß, m. H., noch ein einziges Wort! Der Streit innerhalb der liberalen Partei ist nicht vom heutigen Datum. Schon als es sich um Schleswig-Holstein handelte, befanden sich die meisten von uns, welche jetzt zur national-liberalen Partei gehören, im Gegensatz zu denen, die den Augustenburger und das Festhalten am Bundesstaate betonten. Damals brachten der Abg. Michaelis und ich einen Antrag ein, der die Regierung aufforderte, an den Februar-Bedingungen festzuhalten. Ich wurde von vielen Parteigenossen deswegen angegriffen. Der Herr Ministerpräsident erklärte, der Antrag sei ihm annehmbar. In Folge dieser Erklärung fragte mich ein Mitglied der liberalen Partei: „Wollen Sie jetzt noch für diesen Antrag stimmen?" (Aha! Aha! rechts. — Unruhe links.) Ich habe geantwortet: Das ist keine Ministerfrage, das ist eine Frage, die den preußischen Staat angeht, und da werde ich stimmen nach meiner Ueberzeugung, ob mit oder gegen den Willen des Ministers? Dieser Antrag, sagte ich damals zum Abg. Michaelis, wird uns ein Zeugniß sein für die Zukunft. Meine Herren! Ich berufe mich jetzt auf dies Zeugniß. Ich konnte, da das Vaterland bedroht war, nicht sagen, wie manche meiner damaligen Parteigenossen: „Was kümmern mich die Verlegenheiten dieser Regierung?" (Rechts: Aha! Bravo und Heiterkeit. Unruhe links.) Wo es sich um die Zukunft des Vaterlandes handelt, werde ich immer auf der Seite stehen, welche nach meiner Ueberzeugung am besten die Interessen desselben fördert. Und selbst wenn der Strom der Gegenwart gegen uns gehen sollte, die Zukunft wird gerechter richten! (Lebhafter Beifall rechts und von den National-Liberalen. — Zischen links.)

Ministerpräsident Graf **Bismarck**: Auf ausdrücklichen Wunsch des Herrn Vorredners beehre ich mich im Namen der Regierung zu erklären, daß es niemals die Absicht gewesen ist und hat sein können, die Finanzwirthschaft des norddeutschen Bundes so aufzufassen, als ob cumulativ neben den Steuern, die wir einnehmen für die Reichskasse, noch außerdem 225 Thlr. für jeden Kopf der gesetzmäßigen Ziffer des Heeres zu zahlen, sondern daß nur der Betrag der erforderlichen Ausgaben, der so nicht gedeckt wird, durch Matricularumlage zu bestreiten sei. Wenn ich nicht gleich gestern diese Erklärung abgegeben, so hatte das den Grund darin, daß ich mich nicht zu dem Glauben hatte erheben können, daß der Abg. Virchow im Ernst gesprochen hätte.

Abg. Freihr. v. **Hoverbeck**: Die Leute, welche voraussichtlich Mitglieder des Bundesrathes werden werden, haben einerseits die Functionen einer ersten Kammer, andererseits sind sie zugleich Verwaltungschefs. Stellen Sie sich vor, daß unser Herrenhaus zur Regierung und zwar zur unverantwortlichen Regierung des Landes berufen würde, und Sie werden ein Bild des künftigen Bundesrathes haben. Die Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers, überhaupt nur ein Schein, wird außerdem noch dadurch ganz illusorisch gemacht, daß derselbe nur die Befehle des unverantwortlichen Bundesfeldherrn und des unverantwortlichen Bundesrathes auszuführen hat. Auch in Preußen waren die Bestimmungen hierüber mangelhaft, aber es waren doch wenigstens die Keime zu einer genügenden Verantwortlichkeit da. Statt dieselben weiter zu entwickeln, haben Sie dieselben ganz getödtet.

Alle Vortheile des allgemeinen, directen Wahlrechtes werden durch die Beschränkung des passiven Wahlrechtes aufgehoben und so das ganze Resultat gefälscht. Wenn außerdem die Regierung bei den Wahlen immer so verfährt, wie bei den Wahlen zum letzten Reichstage, so kann von geheimer Abstimmung gar nicht die Rede sein. Der gewöhnliche Mann, der von seinem Vorgesetzten gefragt wird, wen er gewählt habe, hält sich für verpflichtet, Auskunft zu geben. Freilich, wenn man sieht, in welche ganz anderen Kreise sich die Machtanbetung versteigt, so kann man das solchen Männern nicht übel nehmen. (Sehr gut!) — Zu tadeln ist ferner, daß das Bundeseinkommen hauptsächlich auf die Zölle basirt ist, die doch immer mehr zu beschränken die Tendenz jeder gesunden Volkswirthschaft sein muß; hier wird immer das Streben herrschen, dieselben so hoch wie möglich anzusetzen, um die Matricularumlagen unnöthig zu machen. Ein gleicher Vorwurf trifft die Salzsteuer. — Redner geht nun auf die Bundeskriegsverfassung ein, die für ihn der Hauptgrund sei, die ganze Verfassung abzulehnen. Sie schwäche die Vertheidigungskraft des Landes, die man bei zweijähriger Dienstzeit sehr wohl noch erhöhen könne, während die jetzige Präsenzstärke den Frieden gefährde.

Ein von drei Seiten eingebrachter Antrag auf Schluß der Generaldiscussion wird fast einstimmig angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Dr. **Michelis** (Allenstein): Ich habe den Abg. Reichensperger citirt, nicht als ob ich die Integrität seines Gewissens anzweifelte, sondern weil ich trotz „meines philosophischen Scharfsinnes" keine bessere Motivirung meines Votums finden konnte, als sie mir sein Vortrag im Reichstage bot. Einige Bemerkungen habe ich noch gegen den jüdischen Abgeordneten für Berlin zu machen. (Heftige Unterbrechung. Präsident v. Forckenbeck: Diese Bezeichnung eines Abgeordneten als eines jüdischen finde ich nicht parlamentarisch.) Ich habe sie nur gewählt, weil der Herr Abgeordnete mich als geistlichen Abgeordneten bezeichnet hat. (Präsident v. **Forckenbeck**: Etwas Anderes ist es, den Stand, etwas Anderes die Religion eines Abgeordneten zu bezeichnen. Darum habe ich den Herrn Redner corrigirt, aber nicht den Herrn Abg. Lasker.) Es ist ein Zusatz des Hrn. Abg. Lasker, wenn er mich sagen läßt, nur die Streichung der Diäten bestimme mein negatives Votum. Ich habe diese Bestimmung nur hervorgehoben, um an ihr die Hartnäckigkeit der Regierung nachzuweisen. Was die Gesinnung der drei von mir erwähnten Abgeordneten betrifft, so habe ich sie nicht denuncirt, sondern nur constatirt, was das ganze Publikum weiß und wovon sie bereits deutliche Beweise erhalten haben. Eine „fromme" Bemerkung war das nicht, sollte es auch durchaus nicht sein. Es war nichts Frommes darin. Solche Ausdrücke sind nur auf die Unkunde des Publikums berechnet. (Der Rest der Worte geht in dem allgemeinen Lärm unter.)

Abg. v. **Vincke** (Hagen) weist gegen Lasker nach, daß er sich mit ihm und der liberalen Partei trotz seiner Kritik des Ujest'schen Amendements im Reichstage in Bezug auf die Budgetfrage durchaus in Uebereinstimmung befinde.

Abg. v. **Blanckenburg** erklärt in einer Entgegnung freundlicher, nicht aggressiver Natur gegen den Abg. Lasker sein Verhalten zu dem Amendement Ujest-Bennigsen. Er habe im Reichstage gegen dasselbe gestimmt, um dem künftigen Reichstage die Wiederkehr eines Militärconflictes zu ersparen, an dem er sich die Hände blutig reißen würde, auf die Gefahr hin, daß die Annahme der Verfassung durch Verwerfung des Amendements in Frage gestellt werde. Nachdem das aber nicht geschehen, sei er sehr wohl in der Lage gewesen, für die Verfassung trotz Annahme des Amendements Ujest zu stimmen.

Abg. **Lasker** gegen Michelis: Die Bezeichnung „fromme" Bemerkung sollte allerdings den Gegensatz dazu ausdrücken. Es ist nichts Geringes, wenn in einer öffentlichen Versammlung Jemandem der Vorwurf gemacht wird, daß er nicht nur seine Gesinnung wechsele, sondern sogar, daß kein Verlaß auf ihn sei, und das leider unter dem Beifall einiger Mitglieder. Der Herr Abgeordnete hat Recht, wenn er heute sagt, die Bemerkung sei keine fromme gewesen. — Auf ein Privatgespräch wäre ich nicht zurückgekommen, wenn nicht ein hervorragender Redner auf der Tribüne denselben Grund als einen politischen geltend gemacht hätte. — Ich darf also annehmen, daß dies nicht seine Privatansicht ist und daß ich durchaus nicht die Discretion verletze, wenn ich erzähle, daß mehrere politische Genossen denselben Grund geltend gemacht haben. Aber nichts lag mir ferner als das Motiv, lächerlich zu machen. Wenn die Dinge durch sich selbst ab und zu lächerlich werden, so ist es nicht meine Schuld. Ich wollte nur illustriren, wie schwer es ist, auf seiner politischen Meinung zu verharren, wenn man in seinen engsten Kreisen Vorwürfe und Gegenvorstellungen dieser Art zu erdulden hat, eine Lage, in der ich mich mit vielen meiner politischen Freunde befinde, in der bei jeder Aeußerung von liberaler Seite gegen uns der Regel nach in meiner Nähe ein Beifall zu entstehen pflegt.

Nach einer Bemerkung **Reichenspergers** gegen v. Hoverbeck erhält das Wort der Berichterstatter Abg. **Twesten**: Ich hoffe, m. H., daß es nicht gelingen wird, die Verfassung des norddeutschen Bundes zum Gegenstand der Geringschätzung und des Hasses im Volke zu machen, durch unwahre Behauptungen, die durch die Schroffheit ihrer Aufstellung nicht wahr werden. Der Abg. Schulze hat mir einen durch Leidenschaftlichkeit getrübten Blick vorgeworfen; ich darf diesen Vorwurf wohl aber denen zurückgeben, die ihr Leben nicht als Beobachter, sondern als thätige Mitarbeiter an dem Einheitswerke verbracht haben, und sich jetzt weigern, die mißlungenen Versuche wieder aufzunehmen. Die Majorität des Volkes ist nicht gegen diese Verfassung. Zwar liegen einige gleichlautende Petitionen vor, welche das preußische Abgeordnetenhaus auffordern, das beschworene Verfassungsrecht des Landes zu wahren, und nach einer Zeitungsnotiz von einem hervorragenden Mitgliede dieses Hauses verfaßt sein sollen, das es in der Regel verschmäht, seine Behauptungen durch Gründe zu motiviren oder den Thatsachen Rechnung zu tragen. Diese Petitionen sind in Elbing mit 69 Unterschriften versehen, in Marienburg mit 29, in Königsberg mit 111, in Breslau mit 134, in den Kreisen Rastenburg und Gerdauen mit 77, im Kreise Fischhausen mit 15 Unterschriften. Ich gebe zu, daß sich diese geringe Zahl bei einiger Anstrengung gewiß vermehren ließe (Heiterkeit), bemerke aber, daß die genannten Städte mit Ausnahme Breslaus sämmtlich conservative Abgeordnete zum Reichstage gewählt haben, daß es also Minoritätsgutachten sind.

Der Abg. Waldeck hat erklärt, das preußische Volk wolle sich durch die Beschlüsse des Reichstags nicht binden lassen und habe in seiner Majorität für die Verfassung des Bundes keine Sympathien. M. H., der Reichstag hat die Verfassung angenommen mit 230 gegen 53 Stimmen, unter diesen 53 waren 14 Nichtpreußen und 10 aus den neuen preußischen Provinzen. Die Abstimmung der Meisten unter ihnen war mindestens nicht ausschließlich durch liberale Erwägungen bestimmt. Aus den alten preußischen Provinzen haben sich 29 gegen die Verfassung erklärt, darunter 11 Polen, die unsere Competenz bestreiten, polnische Landestheile einem norddeutschen Bunde einzuverleiben. Von den übrigen 18 gehören 10 dem Rheinland und Westfalen an, den übrigen Provinzen nur 8, darunter wiederum 5 der Stadt Berlin, sämmtlichen übrigen östlichen Provinzen nur 3, sage drei Mitglieder. (Hört!) Es ist unrichtig, wenn man sagt, daß Herr v. Hoverbeck einen Platz im Parlament gefunden hätte, wäre der Verfassungsentwurf früher bekannt gewesen. Gerade die Bestimmungen desselben, die hier im Hause gegen die Annahme ins Feld geführt werden, waren ganz genau schon zur Zeit der Wahlen bekannt. Mit Recht sagte der Abgeordnete Schulze, daß jeder Wähler im Voraus wußte, was er und seine Freunde wollten. Die Wähler wußten, daß Schulze, Waldeck, Duncker und Andere gegen die Verfassung stimmen würden, daß eine nicht geringe Zahl hervorragender Männer von dem Charakter und der Bedeutung Schulze's und Waldeck's nicht weil, sondern obgleich sie gegen die Verfassung stimmen würden, gewählt hat. Die Gewählten haben aber nicht blos der öffentlichen Meinung Rechnung zu tragen, sondern auch sie zu leiten und zu beeinflussen.

Der Referent geht nunmehr auf die Einwendungen gegen die Verfassung im Einzelnen ein und bemerkt u. A. gegen Löwe und Jacoby: der Süden wird durch die Verfassung nicht ausgeschlossen. Alle Stimmen von dorther, die nicht durch großdeutsche, österreichische oder ultramontane Sympathien geleitet werden, wollen sich der deutschen Einigung anschließen mit oder unter der uns jetzt vorliegenden Verfassung. (Sehr richtig!) Nachdem die militärischen Bündnisse bekannt geworden, ist es unmöglich geworden, zu glauben, daß der norddeutsche Bund eine Trennung von unseren süddeutschen Freunden sein könne, statt vielmehr der erste Schritt zu völligen Einigung. Diese Bündnisse und die precäre Stellung des Zollvereins machen dem Süden das Verharren in der Scheidung unmöglich und die Schlußartikel der Verfassung regeln selbst die künftigen Beziehungen, den Eintritt des Südens, so daß die Aussichten zur vollständigen Einheit niemals größer waren als gerade jetzt.

Der Abgeordnete v. Hoverbeck giebt dem Bundesrath einen Antheil an der Regierung des Bundes, die doch thatsächlich der Krone Preußen gehört, und fragt, was werden würde, wenn das Herrenhaus mit in der Regierung Preußens säße. Der Bundeskanzler ist verantwortlich als Organ der Krone Preußen, nicht des Bundesrathes. Da die preußische Verfassung die volle, entwickelte Verantwortlichkeit des Ministeriums nicht enthält, so ist alles, was von ihrem Verzug in dieser Beziehung gegen die des Bundes gesagt worden ist, rein advocatisch. Auch in der letzteren ist die parlamentarische und die civilrechtliche Verantwortlichkeit gegeben, nicht blos die moralische, die irrthümlich als ein Kriterium des Absolutismus der juristischen gegenübergestellt wird. Denn auch im absoluten Staat kann sehr wohl die juristische Verantwortlichkeit vorhanden sein, wie die Einkerkerung und Hinrichtung von Ministern in absoluten Staaten beweist; die Frage ist nur, von wem die Minister gerichtet werden, ob blos von der Krone oder von der Vertretung.

Der Referent geht alsdann auf die Interpretation der das Heerwesen betreffenden Bestimmungen durch den Abg. Waldeck ein, die allen Absolutisten zur Freude gereichen müßten, und auf die „unglaublichen Mißverständnisse" des Abg. Virchow. Für den Unterschied zwischen dem Amendement Ujest und denen des Grafen Stolberg und v. Moltke spreche der Widerspruch der Rechten und des Grafen Bismarck, so mäßig der letztere gehalten gewesen sei. Die Präsenzstärke von 300,000 Mann sei nur bis Ende 1871 bewilligt, dauernd seien nur die Cadres, innerhalb deren nach 1871 sehr wohl eine geringere Friedensziffer mit einem geringeren Kostenaufwande bestehen könne. Der Bund habe keinen Kriegsschatz und keine Einnahmen, als die der Reichstag ihm bewillige. Der Kampf gegen die Reorganisation sei aufgegeben, das Haus selbst habe ihn durch Ertheilung der Indemnität und Bewilligung des Pauschquantums begraben und Niemand, weder im Hause noch im Volke, glaube ihn wieder aufnehmen zu können.

Der Abg. Jacoby habe gegen die Verfassung wie gegen die Resultate des letzten Krieges gestimmt. Immerhin mögen sich Einzelne gegen die Geschichte bei Seite stellen und sich auf die Entsagung gegenüber einer Regierung einschränken, die zu beseitigen sie nicht die Kraft haben. Ein Volk könne das nicht, es sei denn als Vorbereitung zur Revolution gleich der Windstille vor dem Orkan; ebenso wenig ein Parlament, ohne sich aufzugeben. Die Schwierigkeit, die das Nebeneinanderstehen zweier Verfassungen vorläufig zur Folge hat, würde auch bestehen, wenn man die Reichsverfassung eingeführt hätte. Ihre Lösung, sowie die Entwickelung der Bundesverfassung überhaupt gehöre der Zukunft und dem Volke an. Ihr mit der preußischen Verfassungsurkunde in der Hand entgegenzutreten, stehe der preußischen Vertretung schlechter an als irgend einer Vertretung eines kleinen Staates. Das Amendement von Bockum-Dolffs (Einfügung von Lauenburg in die Verkündigungsformel) sei abzulehnen, da die Aufnahme Lauenburgs in die Monarchie leider trotz der Resolution des Hauses in seiner letzten Session noch nicht vollzogen sei. (Lebhafter Beifall.)

Es folgen noch einige persönliche Bemerkungen, die der letzte Vortrag hervorgerufen hat. Abg. **Waldeck** geht mit Rücksicht darauf, daß er schwerlich mehr Gelegenheit haben wird, an den Berathungen des Hauses theilzunehmen, auf die Verfassungsfragen selbst ein. Abg. Dr. **Jacoby** verwahrt sich gegen den Vorwurf des Pessimismus. Er theile nicht den Optimismus des Referenten, aber wäre er Pessimist, so würde er für die Verfassung stimmen. Abg. Dr. **Virchow** weist darauf hin, daß die Verfassung in Bezug auf die Einnahmen und die Bedürfnisse des Bundes in ihren Bestimmungen, an die allein er sich halten könne, unklar und zweideutig sei. Er freue sich, Anlaß zur Aufklärung gegeben zu haben, obwohl die wahre Beseitigung berechtigter Zweifel nicht durch die Erklärung eines Ministers, sondern durch klare Verfassungsbestimmungen bewirkt werde. Referent Abg. **Twesten** bestätigt, was er in Bezug auf Waldeck's Wahl gesagt, aus eigener Kenntniß des Wahlbezirks; er selbst habe ihn gewählt, nicht weil, sondern obgleich er gegen die Verfassung stimmen würde.

Der Präsident geht nunmehr zur Special-Discussion der einzelnen Verfassungs-Artikel über. Zu Art. 1 verlangt Niemand das Wort und er wird mit überwiegender Mehrheit angenommen, so daß der Präsident die übrigen Artikel bis 79 nur nach der Ziffer aufzählt und bei jeder dieselbe Annahme als selbstverständlich annimmt. Angenommen wird ferner die Ueberschrift und die Verkündigungsformel nach Ablehnung des Amendements v. Bockum-Dolffs, abgelehnt dagegen die Resolution der Abgg. **Waldeck**, **Virchow** und **Duncker**.

Der Präsident schreitet darauf zur namentlichen Abstimmung über die Verfassung im Ganzen und wird dieselbe in erster Lesung mit 226 gegen 91 Stimmen angenommen. (Mit Nein stimmen: Aegerter, Alscher, André, Becker, Beitzke, Bender, Boeck, Bresgen, Caspers, Chomse, Classen-Kappelmann, Cornely, Drabich, Duncker, Eberty, Ellering, Elven, Fischbach, Frech, Frommer, Fühling, Gockel, Graf, Groote, Haebler, Hagen (Randow), Harkort, Hermann, v. Hilgers, Hobbeling, Hoffmann (Ohlau), Hoppe, v. Hoverbeck, Jacoby, Kalau v. d. Hofe, Kantak, Keuffel, v. Kirchmann, Kleinschmidt, v. Kleinsorgen, Kosch, Krebs, Kreutz, Krieger (Goldapp), Kropff, Larz, Laßwitz, v. Laszewski, Libelt, Löwe, v. Loncki, v. Lubinski, Lucas, Mallmann, Metzmacher, Meulenbergh, Michelis (Allenstein), Motty, Nitschke, Näcker, Olbertz, Paur, Pietzker, Pilaski, Plehn, v. Proff-Irnich, Römer, v. Roenne, Roggen, Rohden, Runge, v. Saucken, Schmidt, Schulte-Westhoff, Schulze, Schwartz, Senff, Sommer, Stock, v. d. Straeten, v. Taczanowski, Triacca, Virchow, v. Waligorski, Waldeck, Weber, Wendisch, Weygold, Winkelmann, Ziegler, v. Zoltowski.)

Präsident v. **Forckenbeck** bemerkt, daß er dem Herrenhause erst nach der zweiten Lesung Kenntniß von dem Beschlusse des Hauses über die Verfassung des norddeutschen Bundes der Geschäftsordnung gemäß Kenntniß geben werde.

Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. Tagesordnung: Interpellation des Abg. Aßmann, betreffend die Berufung v. Oberg's aus Hannover an die Stelle v. Kirchmann's, mündliche Berichte über den Lasker-schen Antrag und die Finanzvorlage.

Berlin, 8. Mai. [Amtliches.] Se. Maj. der König hat den nachbenannten Personen Orden verliehen und zwar: Den rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub: Dem Kammerherrn Baron v. **Maercken** zu **Gerath**, Hofmarschall des Fürsten zu Hohenzollern-Sigmaringen k. H.; den rothen Adler-Orden dritter Klasse: dem Kammerherrn J. k. H. der Erbprinzessin zu Hohenzollern-Sigmaringen, v. **Brauchitsch**; den rothen Adler-Orden vierter Klasse: dem Hauptmann Baron v. **Collas**, aggregirt dem 1. Magdeburgischen Infanterie-Regiment Nr. 25 und commandirt als Adjutant bei des Fürsten zu Hohenzollern-Sigmaringen k. Hoh., sowie den königl. Kronen-Orden zweiter Klasse: dem fürstlich Hohenzollern-Sigmaring'schen Cabinets-Rath v. **Werner**.

Dem Herrn Theophilus Wood **Bunning** zu Newcastle ist unter dem 6. Mai 1867 ein Patent auf eine Nietmaschine auf 5 Jahre ertheilt worden.

Die Wahl des Gymnasiallehrers Wilhelm **Hanow** in Anclam zum Oberlehrer am Gymnasium zu Greifenberg ist bestätigt worden.

Berlin, 8. Mai. [Se. Maj. der König] nahmen heute um 10 Uhr den Vortrag des Geh. Cabinetsrathes von Mühler entgegen, ertheilten hierauf Sr. Durchlaucht dem Prinzen Heinrich von Waldeck und Pyrmont Audienz und empfingen die Generale v. Etzel, v. Beyer und v. Obernitz.

Um 1 Uhr fuhren Se. Majestät zur Gratulation beim Prinzen Albrecht Sohn k. H., nachdem noch vorher die Commission der Aerzte zur Verbesserung des Lazareth- und Medicinalwesens der Armee nach Schluß ihrer Berathungen von Allerhöchstdemselben empfangen worden war. (St.-A.)

= **Berlin**, 8. Mai. [Ernste Stimmung. — Die Annahme der norddeutschen Verfassung. — Zwiespalt in der Linken.] Während man in diplomatischen Kreisen einer durchaus optimistischen Anschauung begegnet, welche den Frieden durch die Conferenz für gesichert ansieht, findet man in regierungsfreundlichen Kreisen seit den letzten Tagen andauernd eine sehr ernste Stimmung; man giebt von einflußreicher Seite durch directe und indirecte Aeußerungen zu erkennen,

daß man dem Kriege näher stehe als dem Frieden, und es mehren sich denn auch die Anzeichen, daß die Vertagung der Rüstungen in Preußen die längste Zeit gedauert hätte. In Abgeordnetenkreisen namentlich hatte sich heute diese letztere Annahme ziemlich weite Verbreitung geschafft, vielleicht lehnte man an eine Bemerkung an, welche Graf Bismarck gestern schon jener Deputation der Conservativen, welche ihn am Jahrestage des Blind'schen Attentates beglückwünschte, nach dieser Richtung hin machte, vielleicht auch gaben die Wünsche des Ministerpräsidenten wegen Beschleunigung der Berathung über die Verfassung (s. unten) dazu Anlaß. Jedenfalls giebt der heutige alarmirende Artikel der „Provinzial-Correspondenz" Grund genug zu sehr ernsten Befürchtungen. Wenn die Regierung bis jetzt noch keine directen Gegenrüstungen unternommen hat, so ist darum in keiner Weise zu besorgen, daß dadurch Etwas versäumt worden ist; es wird sich bestätigen, was an dieser Stelle gemeldet worden, daß die Vorbereitungen eine möglichst schnelle Ausführung auch der umfassendsten Maßnahmen gestatten werden. — So wäre denn im Abgeordnetenhause der Entwurf der norddeutschen Bundesverfassung in erster Lesung angenommen. Vielleicht wäre man damit auch heute nicht so schnell zu Ende gekommen, wenn nicht bekannt geworden wäre, daß der Minister-Präsident dem Präsidenten von Forckenbeck dringende Beschleunigung anempfohlen hätte mit dem Hinzufügen, daß man die Eventualitäten, welche einen Abschluß der auf die Verfassung bezüglichen Berathungen wünschenswerth mache, nicht absehen könne. Die heutige Debatte war denn auch schon ziemlich matt geworden, die rechte Seite des Hauses schwieg ganz und machte sich zum Zuschauer des Kampfes zwischen den Nationalliberalen und der Linken. Der Schwerpunkt der Verhandlungen ist wohl in der Rede Lasker's zu suchen, welcher den Standpunkt seiner Fraction rechtfertigte und mehr als es seiner Sache nützlich war, persönlich wurde. Der Ausfall, mit dem ihm der Abgeordnete Michelis (Allenstein) erwiderte, hat im ganzen Hause große Entrüstung hervorgerufen, man hatte eine derartige Abschweifung wohl von einem — Priester am wenigsten erwartet; der Ton der Rede gehörte überall hin, nur nicht in ein Parlament. Sapienti sat! — Im linken Centrum wurde gestern Abend der Antrag, die Ablehnung der Verfassung zur Parteifrage zu machen, mit 17 gegen 15 Stimmen abgelehnt; die Minorität will aus der Fraction scheiden. Es sind dies die Abgg. Harkort, Elven, Schwartz, Deutz, Pelzer, Meuser, Weygold, Olbertz, Dr. Fühling, Nitschke, Meulenbergh, Schulte-Westhoff, Kreutz, Winkelmann, Rücker.

= Die für morgen im Abgeordnetenhause angemeldete Interpellation lautet:

„Nachdem das Haus der Abgeordneten in der letzten Session den von der königl. Staats-Regierung vorgelegten Gesetz-Entwurf, „betreffend die Anstellung von Justizbeamten in den neu erworbenen Landestheilen und den älteren Provinzen", in der Sitzung vom 5. Februar 1867 abgelehnt hatte, wurde im Monat März oder Anfang April 1867 der frühere Vice-Präsident an dem ehemals hannoverschen Obergericht zu Stade, Ober-Gerichts-Vice-Director Oberg als Vice-Präsident an das Appellations-Gericht zu Ratibor versetzt.

In den Motiven des abgelehnten Gesetz-Entwurfes wurde von der Regierung, sowie später in der Plenarverhandlung wiederholt zugestanden, daß die zur Zeit bestehenden Gesetze verbieten, einen Justizbeamten aus den neu erworbenen Provinzen als Richter in den alten Provinzen der Monarchie zu verwenden. Trotz der öffentlichen Erörterung, welche mit Rücksicht hierauf an die Versetzung des Vice-Präsidenten Oberg sich geknüpft hat, ist bis jetzt nicht öffentlich bekannt geworden, daß derselbe in Gemäßheit des Art. 90 der Verfassungs-Urkunde und nach den Vorschriften der Gesetze sich befähigt gemacht habe, als Richter an einem altländischen Appellations-Gerichte zu fungiren.

Da diese Thatsache nicht zu vermuthen ist, eine Aufklärung über den Fall aber nothwendig erscheint, um den Zweifel zu beseitigen, ob nicht bei der Anstellung eines Richters wider Verfassung und Gesetz verstoßen sei, so richte ich an das königliche Staatsministerium die Frage:

hatte der frühere Vice-Präsident bei dem Obergericht zu Stade, Obergerichts-Vice-Director Oberg, vor seiner Versetzung an das Apellationsgericht zu Ratibor durch Ablegung der vorgeschriebenen Prüfungen und Verwaltung eines Richteramtes oder einer ordentlichen Professur innerhalb der altländischen Provinzen zu dem ihm übertragenen Amte sich befähigt oder aus welchen Gründen sonst ist seine Ernennung für gerechtfertigt gehalten worden?

Berlin, den 8. Mai 1867.

Aßmann.

Unterstützt durch:

v. Unruh. Dr. Lette. Cetto. Jung. v. Baerst. Dr. Techow. v. Hennig. Lent. Twesten. Kanngießer. Borsche. Hinrichs. Graf zu Dohna. Pieschel. Kurtius. Lautz. Roepell. Michaelis. Dr. Hammacher. Richter (Berlin) Krieger (Berlin). Dr. Simson. Lesse. Senff. v. Roenne. Schmidt (Randow). Dr. Lüning. Reichenheim. Rautenstrauch. Bassenge. Dr. Gneist. Lasker.

[Der Prinz Alfred von Großbritannien] traf in voriger Woche, von Gotha kommend, im neuen Palais zu Potsdam ein, verweilte bei den kronprinzlichen Herrschaften zum Besuch, erschien am Sonntag im Lustgarten bei der Parade des 1. Garde-Regiments z. F., nahm darauf an dem Dejeuner im Stadtschlosse und später an dem Diner im neuen Palais Theil und trat Abends mit seinen Begleitern die Reise nach Australien an.

♂ [Die Nachrichten von französischen Rüstungen] währen fort und zwar sollen sie im großartigsten Maßstabe betrieben werden; in wenigen Tagen sollen 100,000 Mann bei Chalons versammelt sein, für welche die Kriegsmunition vollständig vorhanden ist. Außerdem werden Seerüstungen angestellt, in der Bretagne Matrosen ausgehoben, die Direction der Ostbahn hat Befehl erhalten, alle verfügbaren Transportmittel bereit zu halten, weil am 12. d. M. bei Metz und Chalons eine Truppenconcentration stattfinden soll. Auch wird versichert, daß der französische Kriegsminister schon für 15000 Pferde die erforderlichen Summen angewiesen habe. Die kleine Festung Belfort wird zu einem befestigten Lager umgewandelt, weil sie der Knotenpunkt von 6 verschiedenen Straßen ist, namentlich der Kreuzungspunkt für die Lyoner Bahn Belfort-Dijon Ferner wird aus Wien gemeldet, daß französische Aufkäufer dort massenhaft Getreide kaufen, was besonders auf dem Getreidemarkt vom 5. d. M. hervortrat.

[Der Ernst der Situation.] Der telegraphisch gemeldete Artikel der „Prov.-Corresp." lautet wie folgt: Die Nachricht von dem Zusammentritt dieser Conferenz hat nicht die erhöhte Beruhigung gewährt, welche nach den vorherigen Absichten und Anzeichen davon erwartet werden durfte.

Zwar lauten die vorläufigen Mittheilungen in Bezug auf die Stimmungen der Conferenzmächte günstig; namentlich soll England die Bedenken, welche es gegen die Sicherung einer neutralen Stellung Luxemburgs zuerst zu hegen schien, aufgegeben haben.

Aber die Aussichten, welche sich auf die Conferenzberathungen gründen, werden durch die Mittheilungen getrübt, welche über die Fortdauer französischer Rüstungen in zuverlässiger Weise eingehen. Diese Nachrichten bekunden, daß Frankreich seine Armee nicht blos, wie im amtlichen Blatte angedeutet war, auf die volle regelmäßige Friedensstärke bringt, hinter welcher dieselbe in der letzten Zeit zurückgeblieben war, sondern durch die eifrig fortgesetzten Pferde-Ankäufe und durch umfassende Einziehung von Mannschaften über jene Friedensstärke hinausgeht und seine Armee in einen Stand versetzt, der dieselbe über das Bedürfniß des Friedens hinaus zu Angriffszwecken fähig erscheinen läßt.

Unter solchen Umständen wird die preußische Regierung neben dem aufrichtigen Wunsche und fortdauernden Bestreben auf Erhaltung des Friedens sich der Nothwendigkeit ernster Vorsicht und Wachsamkeit nicht verschließen dürfen. Preußen hat bisher keinen Mann einberufen, kein Pferd gekauft. Es hält auch jetzt nicht blos an dem Wunsche, sondern auch an der Hoffnung auf Frieden fest. Die Conferenz kann die Erfüllung dieser Hoffnung bringen; aber diese Möglichkeit kann für Preußen kein Grund sein, Vorsichtsmaßregeln zu vernachlässigen, welche nur dann unterbleiben könnten, wenn Frankreich, wie man vor acht Tagen erwarten durfte, durch die That eine Sicherheit gewährt, daß es den Frieden in vollem Ernste erstrebt, nicht blos als Möglichkeit gelten läßt.

Nur eine schleunige friedliche Entscheidung durch die Conferenz wird unsere Regierung der Nothwendigkeit überheben können, diejenigen Maßregeln der Vorsicht zu ergreifen, welche sie Preußens und Deutschlands Sicherheit schuldig ist.

Luxemburg, 5. Mai. [Adresse des Gemeinderaths.] Am 3. d. Abends wurde in Folge der drängenden politischen Verhältnisse eine außerordentliche Versammlung des Gemeinderaths zusammenberufen und hierin eine Adresse an den König-Großherzog beschlossen und abgefaßt. Diese Adresse, welche einstimmig von allen Mitgliedern angenommen wurde, drückt sehr charakteristisch die Stimmung der hiesigen Bevölkerung aus. Letztere sieht nämlich in jeder Veränderung des Status quo einen Schaden, kann aber, trotzdem sie so sehr für den Zollverein und für das Verbleiben der Garnison schwärmt, nicht ihre Freude darüber unterdrücken, daß Luxemburg nicht dem norddeutschen Bunde zuzugehören braucht. So wird denn auch schon in den ersten Zeilen der König beglückwünscht, weil Luxemburgs Schicksal nicht mehr so eng mit dem Deutschlands verknüpft sei (le sort de notre pays n'est plus irrévocablement attaché à celui de l'Allemagne), während in dem ganzen übrigen Theil der Adresse von dem Unglück die Rede ist, das über die Stadt hereinzubrechen und ihren Ruin herbeizuführen drohe: von dem Abzuge der Besatzung nämlich. Luxemburg sei eine Militärstadt, habe seit sechshundert Jahren eine militärische Besatzung, und die Räumung der Festung würde der Stadt ein um so empfindlicherer Schaden sein, als dadurch das Bauen außerhalb des Rayons keine Schwierigkeiten mehr fände. Der Luxemburger Bahnhof sei unglücklicherweise von der Stadt entfernt und aller Handel und Wandel würde sich dann draußen concentriren, trotz der kostspieligen Brücke, welche über das Petrusthal gebaut worden sei. Der König-Großherzog wird darum angefleht, dieses Unglück von seiner Capitale abzuwenden und für das Wohl seiner treuen Unterthanen bei der bevotstehenden Conferenz in London durch seinen Bevollmächtigten wirken zu wollen. Dies der Inhalt. Zur näheren Erläuterung ist beizufügen, daß die Terrainverhältnisse es nicht wohl möglich machen, den Bahnhof, der etwa 10 Minuten von der Stadt entfernt ist, in größere Nähe von derselben zu verlegen; daß man ferner ausgerechnet hat, daß die preußische Besatzung jährlich über eine Million Thaler in Luxemburg consumirt.

[Pferdetransporte.] Seit 14 Tagen sind mindestens zehn Pferde-Transporte von je 20—30 Stück hier durchgegangen, welche nach Frankreich bestimmt sind. (Fr. J.)

Italien.

Florenz. [Die Ergänzungswahlen zur Deputirtenkammer] sind, wie schon telegr. gemeldet wurde, günstig für das Ministerium Rattazzi ausgefallen; Rattazzi selber wurde zu Alessandria wieder gewählt, auch der Finanzminister Ferrara, welcher bisher der Kammer noch nicht angehörte, ist einstimmig zum Deputirten gewählt worden.

[Einschränkungen.] Der „Italie" zufolge soll aus Sparsamkeitsrücksichten die Zahl der Präfecten (von 59) auf 40, die der Unterpräfecten auf etwa 60 vermindert werden; auch soll die Zahl der Gerichtshöfe eingeschränkt werden.

[Das Buch der Madame Rattazzi], welches soviel Scandal erregt hat, führt den Titel „Le chemin du paradis"; es werden darin gewisse gesellschaftliche Verhältnisse von Florenz, welcher Stadt im Buche der Name Bicheville (Anspielung auf den Hirschpark Ludwigs XV.) beigelegt ist, in sehr durchsichtiger Weise der Oeffentlichkeit preisgegeben. Außer Pepoli haben sich auch die Generale Lamarmora und Cialdini zu Schritten gegen den Gemahl der Pamphletistin veranlaßt gesehen.

Frankreich.

* **Paris**, 6. Mai. [Ueber die Reisen hoher Häupter nach Paris] bringt die „France" heute bereits näheren Nachweis. Sie sagt nämlich: „Die Nachrichten, welche wir empfangen, erlauben uns die schon beglaubigten Nachrichten über die nahe bevorstehenden Besuche der Souveräne zu bestätigen. Der Kronprinz von Preußen wartet nur das Ergebniß der Londoner Conferenz ab, um nach Paris zu kommen und hier seine Mission als Präsident der Ausstellung für Preußen zu erfüllen. In der preußischen Gesandtschaft bereitet man bereits die Gemächer Sr. königlichen Hoheit. Gegen den 28. Mai wird der Kaiser von Rußland von Kopenhagen, wo er 2 bis 3 Wochen verweilen wird, sich nach Paris begeben, wo er in den ersten Tagen des Monats Juni mit dem König Wilhelm zusammentreffen wird. Der König von Preußen wird in den Tuilerien und der Kaiser von Rußland im Palaste des Elysée logiren. Der Kaiser und die Kaiserin von Oesterreich werden erst nach der Abreise dieser beiden Souveräne in Paris eintreffen. Es werden große Feste organisirt. Man spricht schon von denen, welche der Graf v. d. Goltz, der Baron v. Budberg und der Fürst v. Metternich vorbereiten. Der König und die Königin von Belgien werden am 11. Mai erwartet. Endlich meldet man die nahe Ankunft des Königs und der Königin von Portugal. Auch der König von Baiern wird nächstens hier ankommen. Die Stadt Paris, ihren Traditionen einer kostbaren Gastfreundlichkeit treu, bereitet sich vor, den erlauchten hohen Gästen einen ihres Ranges würdigen Empfang zu machen, und es ist die Rede von Festen im Hotel de Ville, welche durch ihren Glanz an das Fest im Jahre 1855 bei Gelegenheit der Anwesenheit der Königin von England erinnern werden."

[Die Antwort der Pariser Maschinenbauer auf die Adresse des Berliner Vereins der Maschinenbauer] lautet nach der „Cooperation", die neben dieser noch zwei ähnlich lautende andere Antworten von Arbeitern bringt, wie folgt:

Paris, 23. April.

Brüder und Freunde! Ihr seid in der Gerechtigkeit und der Wahrheit. Wir haben Eure Ansprache gelesen mit Thränen in den Augen und Freude im Herzen. Mögen unsere deutschen Brüder wohl davon überzeugt sein: wir wollen Alle den Frieden, wir Alle verabscheuen den Krieg, wir Alle „halten den gemeinsamen Kampf der Nationen für die Freiheit gegen die Feinde der Freiheit für den einzigen Kampf, der unser würdig ist". Mit Euch protestiren wir gegen die bedrückende Gewalt des Rechtes; wir verwerfen alle Gedanken der Eroberung und der Gebiets-Erweiterungen; wir wollen, daß der Wille der Nationen geachtet werde, wie der Wille der Bürger. Mit Euch wollen wir, daß die öffentliche Meinung endlich dahin gelange, allein die Staaten zu regieren, und daß der Geist der Brüderlichkeit allein die Beziehungen der Völker zu einander beseele. Die, welche Euch von unserem Ehrgeize sprechen, betrügen Euch. Wir sind Eure Freunde. Diejenigen, welche uns zum Streite hetzen wollen, die sind unsere gemeinsamen Feinde. Und wenn das Blut der zwei Völker auf dem Schlachtfelde vergossen werden muß, so wird es gegen Euren und gegen unseren Willen geschehen. Wir sprechen es laut aus, da es noch Zeit, damit die Verantwortlichkeit für ein so großes Verbrechen ganz und durchaus auf seine Urheber zurückfalle. Die Euren brüderlich. (Folgen die Unterschriften.)

Dänemark.

† **Kopenhagen**, 6. Mai. [Zur Reise des russischen Großfürsten-Thronfolgers. — Dänische Zeitungsgerüchte. — Russische Kriegsschiffe.] Deutsche Zeitungen haben die bevorstehende Ankunft des russischen Großfürsten-Thronfolgers mit einer vermeintlichen politischen Mission in Zusammenhang gebracht. Die entsprechenden Gerüchte dürften jedoch in das Gebiet der willkürlichen Combination zu verweisen sein, da die Theilnahme des Großfürsten-Thronfolgers an der am 26. d. M. stattfindenden silbernen Hochzeitsfeier des regierenden dänischen Königspaares bereits vor länger als Monatsfrist definitiv festgestellt worden ist. Die Reise des Großfürsten nach Kopenhagen kann also unmöglich durch die gegenwärtige Situation hervorgerufen worden sein. — Dänische Blätter fabeln von preußischen Peilungen an den Küsten der Provinz Jütland und der dänischen Inseln. — Auf der Kopenhagener Rhede ankern augenblicklich 3 russische Kriegsdampfer. Außerdem sind heute laut Depesche aus Helsingör 3 russische Panzerschiffe in das Kattegat eingelaufen.

Miscellen.

Berlin. [Ein Lebensmüder.] Vorgestern, schreibt das hiesige „Fremdenblatt", fanden einige Herren im Thiergarten einen Mann an einem Baume hängen, der augenscheinlich seinem Leben ein Ende machen wollte, nur zeigte er eine derartige Unkenntniß mit dem Speditionswesen in jene Welt, daß er sich den Strick um den Leib gebunden hatte und somit, statt zu sterben, entsetzlich zappelte. Man schnitt ihn ab, und als ein Offizier die Bemerkung machte, daß, wenn er durchaus sterben wolle, er sich doch den Strick um den Hals hätte legen sollen, erwiderte der Lebensmüde, daß er dies bereits den Tag zuvor versucht, dabei aber die Bemerkung gemacht habe, daß ihm die Luft ausginge. Die Heiterkeit, welche diese Erklärung unter den Umstehenden hervorrief, benutzte denn der Lebensmüde, alsbald einige Groschen Geld sich zu erbitten, um neuen Lebensmuth zu schöpfen; man gab, fühlte die Absicht und — hatte ein Menschenleben gerettet.

Paris. [Ein musikalisches Curiosum], das sich bereits vor einigen Monaten in London hören ließ, erregt gegenwärtig hier gleichfalls Aufsehen. Jener blinde Neger aus Nordamerika giebt auch in Paris auf dem Claviere Beweise von einem musikalischen Gedächtnisse, welche alles in dieser Art bisher Dagewesene übertreffen, und zugleich von einer wahrhaft wunderbaren Schnelligkeit der Auffassung. Man spielt ihm irgend ein Musikstück vor, gleichgiltig welches, einfach oder complicirt, lang oder kurz; Tom hört es an und macht dazu die wundersamsten Grimassen, dann setzt er sich an's Clavier und wiederholt das ganze Stück. Man schlägt einen höchst ungewöhnlichen Accord an, Tom nennt sofort die Noten; aber was noch schwieriger und fast unmöglich scheint: man giebt ihm drei verschiedene Melodien in drei verschiedenen Tonarten; Tom giebt sie sofort alle drei zugleich wieder, eine mit der rechten, eine mit der linken Hand und die dritte mit der Stimme. Sein musikalisches Gedächtniß ist so stark, daß er, was er ein Mal gehört, nicht wieder vergißt; man braucht nur die ersten Tacte eines Musikstückes, das er ein Mal gehört hat, anzuschlagen, so spielt er sofort das Ganze. Uebrigens ist sein Vortrag ungleich und unvollkommen und mehr mechanisch als musikalisch; er ahmt nach, was er gehört hat.

London, 3. Mai. [Zusammenstoß von Schiffen.] In Liverpool ist die Nachricht eingetroffen von einem Zusammenstoße auf offener See zwischen dem Dampfer „Scotia" der Cunard-Linie und dem Schiffe „Berkshire" von Boston. Wie es scheint, hatte man in der Nacht vom 11. auf den 12. v. M. auf der „Scotia" ein fremdes Schiff in einer bedenklichen Annäherung bemerkt und die nöthigen Maßregeln getroffen, um dem Zusammenstoße zu entgehen. Wahrscheinlich aber bemerkte man auf dem andern Fahrzeuge die drohende Gefahr erst in der nächsten Nähe des Postdampfers und in der Aufregung und Verwirrung des Augenblicks lenkte man das Schiff durch das Steuer erst recht in den Untergang hinein. Die ersten Augenblicke nach dem Zusammenstoße sollen gräßlich gewesen sein; das Takelwerk beider Schiffe hatte sich in einander verwickelt und die „Berkshire" zerschellte vollständig, während zugleich die „Scotia" durch Beschädigungen am Radkasten hart mitgenommen wurde. Glücklicherweise ging bei dem Unglücke kein Menschenleben verloren. Die Mannschaft des sinkenden Schiffes rettete sich noch zur rechten Zeit an Bord der „Scotia". Es war buchstäblich das nackte Leben, was sie retteten, nur die Frau des Capitäns hatte trotz der allgemeinen Verwirrung Geistesgegenwart genug, ihre Koffer mit Kleidungsstücken in Sicherheit zu bringen.

[Griechisches Feuer.] Ein Chemiker in Marseille will eine Art griechischen Feuers erfunden haben, das an zerstörender Wirkung alles bisher Dagewesene übertrifft. Er macht sich anheischig, den Beweis zu liefern, daß er auf eine Entfernung von 1000 Metres eine Armee von 100,000 Mann in weniger als fünf Minuten in ein förmliches Flammenmeer hüllen kann; nicht mehr Zeit braucht er, eine Festung in Brand zu stecken. In einer Seeschlacht überschüttet er in fünfzehn Secunden das Deck eines feindlichen Schiffes mit einem Feuermeer, das alles Tauwerk verbrennt, ins Innere dringt und die ganze Mannschaft erstickt. Bei einem Angriff auf einen Seehafen können Stadt und Arsenale mit der Schnelligkeit des Blitzes verbrannt werden. Mit solchen Mitteln, meint der Erfinder, seien Kriege gar nicht mehr möglich, denn weder Sieger noch Besiegte würden aus dem Kriege zurückkehren. Aus der Festung Luxemburg will er die Garnison in einer Viertelstunde austreiben.

Provinzial-Zeitung.

—* **Breslau**, 8. Mai. [Odervorstädtischer Bezirksverein.] In der gestrigen Versammlung, welche unter Vorsitz des Herrn Dr. Binoff abgehalten wurde, beantworteten die Herren DDr. Grosser und Weis die im Fragekasten enthaltene Frage, wie es mit der Petition des Vereins, betreffend die Deichlast, stehe. Es war nämlich die Petition an beide städtische Behörden gerichtet, und die Stadtverordneten-Versammlung wollte eine bezügliche Vorlage des Magistrats abwarten, die aber bisher nicht erfolgte. Privatim ist nun Dr. Weis von Herrn Deichhauptmann Landeck dahin informirt, die von Herrn Sindermann angeregten Klagen seien vollständig unbegründet, da die Verpflichtung der oderrvorstädtischen Grundbesitzer zur Tragung der Deichlast gesetzmäßig feststehe. Nichtsdestoweniger hätte Magistrat, wie Redner meint, den resp. Bürgern einen motivirten Bescheid ertheilen sollen. Vorsitzender bemerkt hingegen, er halte die Sache damit nicht für erledigt, vielmehr ersuche er die Stadtverordneten der vereinigten Bezirke, sie mögen in einer der nächsten Sitzungen betreffs der fraglichen Angelegenheiten interpelliren. — Wie der Vorsitzende in Bezug auf die neulich besprochene Angelegenheit der Schullocale mittheilt, ist eine Commission von Schulmännern und Bauverständigen gebildet, welche das Material hinsichtlich der mangelhaften Beschaffenheit wie der nothwendigen Abhilfe sammelt, und soll der Gegenstand demnächst zur weiteren Erörterung gelangen.

Hierauf entwickelte Herr Geh. Justizrath v. Reiche, dem Auftrage des Breslauer Localvereins der National-Invaliden-Stiftung entsprechend, einen Organisationsplan, wonach in den vereinigten oderrvorstädtischen Bezirken jenes humane Werk gefördert werden soll. Man wolle zunächst die Unterstützung der im Bezirk wohnenden hilfsbedürftigen Invaliden wie der unversorgten Kinder der gefallenen Krieger in's Auge fassen, dann aber mit dem Localverein und dem Centralcomite in wechselseitigen Verkehr treten. Dazu genüge nicht, daß recht fleißig Geld gesammelt wird; die persönliche Theilnahme für die erwerbsunfähig gewordenen Kämpfer oder die hinterlassenen Unmündigen müsse erweckt und rege erhalten werden. Nur auf solche Weise könne der unserer siegreichen Armee schuldige Dank sich würdig bethätigen. Redner verlas nach seiner beifällig aufgenommenen Ansprache einen Statuten-Entwurf, den er auf Wunsch dem Vorstande zur weiteren Berathung unterbreiten wird. Vorsitzender Dr. Binoff knüpfte daran die Bemerkung, in dem Entwurf sei die Grundlage für einen allgemeinen Plan gegeben, nach welchem allen in unserer Mitte befindlichen Calamitäten in humaner Weise abgeholfen werden kann. Dies berühre eine alte Idee, die er längst mit sich herumtrage und für deren Verwirklichung der Verein thätig sein möge. Es sei die Pflicht der wohlmeinenden patriotischen Bürger, daß sie dem herrschenden und wachsenden Elend der Armen, der Siechen, der geistig und körperlich verkommenen oder verkommenden Mitmenschen wie der hilflosen Kinder sich nach Kräften annehmen.

Demnächst leitete Herr Rackuff die Besprechung der Schulgeldfrage ein, indem er den Antrag motivirte, daß die beabsichtigte fernere Steigerung des Schulgeldes an den höheren Lehranstalten verhindert werde. Herr Dr. Weis gedachte der bezüglichen Verhandlungen innerhalb der städtischen Behörden und schilderte namentlich, wie hart gerade der Mittelstand von der neuen Maßregel betroffen werde. Er schlug deshalb ein tarifirtes Schulgeld vor, das, gleich den übrigen Steuern von den Eltern der Kinder, nach dem jährlichen Einkommen bemessen, entrichtet werde. Nachdem auch die Herren Dr. Thiel, Ingenieur Hofmann und andere Redner sich geäußert haben, erklärt der Vorsitzende sich gegen die vorgeschlagene stufenweise Erhebung des Schulgeldes und hält es für angemessener, wenn selbiges von allen Steuerpflichtigen gleichmäßig nach Verhältniß der übrigen Communallasten aufgebracht wird. Da die fernere Erhöhung erst in etwa zwei Jahren erfolgen soll, so bleibt dem Vorstande überlassen, daß er inzwischen die geeigneten Schritte zur Abwendung dieser Maßregel thue oder bei den gleichartigen Bestrebungen anderer Vereine mitwirke. Schließlich wurde die früher beschlossene Petition wegen Anstellung eines Portiers beim hiesigen Stadtgericht verlesen und angenommen.

*** [Personalien.] Bestätigt: Die Wahl des Kaufmann Hugo Pohl zum unbesoldeten Rathsherrn der Stadt Frankenstein; die Vocation für Prox zum Lehrer an der evangelischen Stadtschule in Brieg, für Klapper zum katholischen Schullehrer und Organisten in Würben, Kreis Ohlau, für Feist zum Lehrer an der evangelischen Stadtschule in Neumarkt, für Bleyer zum evangelischen Schullehrer in Krolkwitz, Kreis Breslau.

Ernannt: Der Gerichts-Assessor Lettgau zu Breslau zum Stadtrichter bei dem Stadtgerichte zu Breslau. Der Gerichts-Assessor Paul Böhme zu Breslau zum Kreisrichter bei dem Kreisgerichte zu Waldenburg. Der Gerichts-Assessor Günther Freytag zu Breslau zum Kreisrichter bei dem Kreisgerichte zu Brieg. Der Gerichts-Assessor Wilhelm Lühe zu Liebau zum Kreisrichter bei dem Kreisgerichte zu Landeshut, mit der Function bei der Gerichtscommission zu Liebau. Der Gerichts-Assessor Herrmann Bedau zu Breslau zum Kreisrichter bei dem Kreisgerichte zu Schweidnitz. Der Auscultator August Weinhold zu Breslau zum Referendarius. Der Büreau-Assistent Richard Blesing zu Glatz zum Kreisgerichts-Secretair und Depostal-Rendanten bei dem Kreisgerichte zu Glatz, mit der Function bei der Gerichts-Commission zu Reinerz. Der Büreau-Diätarius Gottlieb Habisch zu Glatz zum Büreau-Assistenten bei dem Kreisgerichte zu Glatz. Der Büreau-Diätarius Ernst Illgner zu Schönau zum Büreau-Assistenten bei dem Kreisgerichte zu Militsch. Der Büreau-Diätarius Gustav Malthaner zu Brieg zum Büreau-Assistenten bei dem Kreisgerichte zu Brieg. Der Büreau-Diätarius Friedrich Schween zu Waldenburg zum Büreau-Assistenten bei dem Kreisgerichte zu Waldenburg. Der Büreau-Diätarius Oscar Teuchert zu Waldenburg zum Büreau-Assistenten bei dem Kreisgerichte zu Waldenburg. Der Büreau-Diätarius Moritz Schenk zu Zobten zum Büreau-Assistenten bei dem Kreisgerichte zu Schweidnitz, mit der Function bei der Gerichts-Commission zu Zobten. Der Büreau-Diätarius Albert Jost zu Reinerz zum Büreau-Assistenten bei dem Kreisgerichte zu Glatz, mit der Function bei der Gerichts-Commission zu Reinerz. Der Büreau-Diätarius Louis Grunau zu Winzig zum Büreau-Assistenten bei dem Stadtgerichte zu Breslau. Der Büreau-Diätarius Ernst Pfeiffer zu Strehlen zum Büreau-Assistenten bei dem Kreisgerichte zu Strehlen. Der Kassen-Diätarius Ignatz Keller zu Jauer zum Büreau-Assistenten bei dem Kreisgerichte zu Jauer. Der Büreau-Diätarius Herrmann Friedrich zu Brieg zum Büreau-Assistenten bei dem Kreisgerichte zu Militsch. Der Büreau-Diätarius August Dreßler zu Wansen zum Büreau-Assistenten bei dem Kreisgerichte zu Neumarkt. Der Büreau-Diätarius Oswald Grienig zu Wohlau zum Büreau-Assistenten bei dem Kreisgerichte zu Wohlau. Der Büreau-Diätarius Wilhelm Fiedler zu Breslau zum Büreau-Assistenten bei dem Stadtgerichte zu Breslau. Der Büreau-Diätarius Joseph Titz zu Breslau zum Büreau-Assistenten bei dem Stadtgerichte zu Breslau. Der Büreau-Diätarius Adolph Winderlich zu Trebnitz zum Büreau-Assistenten bei dem Stadtgerichte zu Breslau. Der Büreau-Diätarius Herrmann Rittner zu Breslau zum Büreau-Assistenten bei dem Stadtgerichte zu Breslau. Der Büreau-Diätarius Friedrich Schildbach zu Strehlen zum Büreau-Assistenten bei dem Stadtgerichte zu Breslau. Der Civil-Supernumerarius Franz Schön zu Habelschwerdt zum Büreau-Diätarius bei dem Kreisgerichte zu Habelschwerdt. Der Civil-Supernumerarius Bruno Reche aus Neumarkt zum Büreau-Diätarius bei dem Kreisgerichte zu Hirschberg, mit der Function bei der Gerichts-Commission zu Hermsdorf u. K.

Versetzt: Der Kreisrichter Freiherr von König zu Landeck an das Kreisgericht zu Frankenstein. Der Kreisrichter Lindner zu Raudten an das Kreisgericht zu Reichenbach. Der Kreisrichter Schuster zu Nimptsch an das Kreisgericht zu Striegau. Der Kreisgerichts-Secretair und Depostal-Rendant Borrmann zu Reinerz an das Kreisgericht zu Strehlen, mit der Function bei der Gerichts-Deputation zu Nimptsch. Die Kreisgerichts-Büreau-Assistenten Carl Winkelmann zu Wohlau, Herrmann Geisler zu Militsch, Reinhold Koslowsky zu Jauer und Franz Gröger zu Neumarkt, sämmtlich als Büreau-Assistent an das Stadtgericht zu Breslau. Der Kreisgerichts-Büreau-Assistent Paul Tschirner zu Brieg an das Kreisgericht zu Breslau. Der Gefängniß-Inspector Wendland zu Frankenstein an das Kreisgericht zu Waldenburg. Der Büreau-Diätarius Joseph Gorke zu Beuthen Oberschl. an das Kreisgericht zu Brieg. Der Büreau-Diätarius Eduard Koch zu Militsch an das Kreisgericht zu Jauer.

Befördert: Der Gerichts-Assessor Stilcke zu Lauban zum Kreisrichter bei dem Kreisgericht zu Grünberg. Der Civil-Supernumerar Liebelt zu Parchwitz zum Büreau-Diätarius. Der Feldwebel a. D. Kroke zum Büreau-Gehilfen bei dem Kreisgericht zu Glogau. Der invalide Sergeant Willecke zum Büreau-Gehilfen bei dem Kreisgericht zu Lauban.

Versetzt: Der Kreisrichter Seibt zu Goldberg an das Kreisgericht zu Grünberg, mit der Function als Abtheilungs-Dirigent. Ausgeschieden: Der Auscultator Bergmann zu Liegnitz behufs seines Uebertritts zur Verwaltung. Der Appellationsgerichts-Büreau-Diätarius Dengler I. zu Glogau in Folge seiner Ernennung zum Geheimen expedirenden Secretair im königlichen Justiz-Ministerium. Betraut: Der Maschinen-Ingenieur Meyer aus Emden in Hannover mit der Wahrnehmung der Functionen des zweiten Maschinenmeisters in Breslau. Ernannt: Der Eisenbahn-Ingenieur Bramer zum königlichen Eisenbahn-Baumeister und der Betriebs-Inspection I. in Breslau zugetheilt. Der Stations-Assistent zweiter Klasse Jakob zum Stations-Assistenten erster Klasse in Breslau. Der Schaffner Schramm in Breslau zum Packmeister. Versetzt: Der Telegraphist Gambke von Breslau nach Lissa. Der Telegraphist Kätzler in Brieg als commissarischer Stations-Assistent zweiter Klasse nach Beuthen O.-S. Die Stations-Assistenten zweiter Klasse Klaus von Ohlau nach Breslau und Thielsch von Kosten als Telegraphist nach Brieg.

[Vermächtnisse]: 1) Die letztwillige Verfügung, durch welche das zu Breslau verstorbene Fräulein Friederike Wilhelmine Bartels dasigen Anstalten und zwar: a) dem Taubstummen-Institut 2000 Thlr., b) dem Blinden-Institut 3000 Thlr., c) der Diaconissen-Anstalt Bethanien 4000 Thlr., d) dem Kloster der Barmherzigen Brüder 2000 Thlr. in 3½ procentigen Staatsschuldscheinen, e) dem Kranken-Hospital zu Allerheiligen 3000 Thlr. in 3½ procentigen schlesischen Pfandbriefen ausgesetzt hat, ist landesherrlich genehmigt worden.

2) Dem aus dem Nachlaß der Aebtissin Benigna verw. Freifrau v. Rottenberg, geb. Gräfin Matuschka, dem Kloster der Barmherzigen Brüder zu Breslau zugefallenen Legat von 2670 Thlr. ist die landesherrliche Genehmigung ertheilt worden.

3) Der Bürger-Versorgungs-Anstalt und der städtischen Officianten-Wittwenkasse zu Breslau ist zur Annahme der von dem in Warmbrunn verstorbenen Rentier Philipp Heinrich August Ronge ausgesetzten Legatsantheile von je 1250 Thlr. die landesherrliche Genehmigung ertheilt worden.

4) Der zu Breslau verstorbene Eisenbahnwagenfabrikant und Fabrikbesitzer Johann Gottfried Linke hat der Bürger-Versorgungs-Anstalt 100 Thlr. letztwillig ausgesetzt.

5) Der zu Lewin verstorbene Schmiedesohn August Hauck hat der dasigen Schulkasse 100 Thlr. letztwillig mit der Bestimmung legirt, daß die Zinsen an seinem Todestage an 5 arme sittsame und fleißige Schulkinder der letzten Klasse der Stadtschule daselbst gezahlt werden sollen.

Geschenke: 1) Der Particulier Anton Krause zu Canth hat der katholischen Kirche daselbst zwei Fenster mit Glasmalerei geschenkt. 2) Der Kirchvater und Schulvorsteher Carl Kattke zu Paschkerwitz hat der dortigen Schule 6 Thlr. geschenkt.

=o= Sagan, 6. Mai. [Verein junger Kaufleute.] Seit einem halben Jahre hat der „Verein junger Kaufleute" einen recht erfreulichen Aufschwung genommen und kann es wagen, sich derartigen Vereinen größerer Städte an die Seite zu stellen. Nächst dem Princip der Unterstützung sorgt er vor Allem für die Fortbildung seiner Mitglieder; der derzeitige Vorstand hat sich alle erdenkliche Mühe gegeben, dies zu erreichen. Es ist ihm gelungen, verschiedene Gelehrte und Fachmänner für Vorträge zu gewinnen und durch Subscription bei den Principalen und Mitgliedern eine Bibliothek zu gründen; ein handelswissenschaftlicher Journalzirkel setzt die Mitglieder von den Begebnissen der commerciellen Welt in Kenntniß. Daß auch in der Stadt ein Interesse für den jungen Verein herrscht, zeigt sich in der Theilnahme, die man den Vorträgen widmet. Bis jetzt wurden deren 5 gehalten und zwar über: 1) Die Handelswege des Alterthums, 2) Arithmetik, 3) Tabak, 4) Jean Paul, 5) Telegraphie. — Weitere Vorträge stehen in Aussicht. Selbstverständlich sucht der Verein, wie andere derartige auch, das Nützliche mit dem Angenehmen zu verbinden, dadurch, daß er seinen Mitgliedern Gelegenheit zu geselliger Unterhaltung und gemeinschaftlichen Vergnügungen bietet.

---

* Brieg, 8. Mai. [Feuersbrunst.] In verflossener Nacht sind hier die Falch'sche Dachpappen- und die Gräser'sche Wollspinn-Fabrik niedergebrannt. (Das Nähere im Morgenblatte.)

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 8. Mai 10 U. Ab.	332,45	+13,1	NO. 0.	Heiter.
9. Mai 6 U. Mrg.	332,12	+9,4	O. 1.	Heiter.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Berlin, 9. Mai. Der König von Griechenland ist gestern Abend eingetroffen und wurde vom Könige am Bahnhofe empfangen und ins Schloß geleitet. (Wolff's T. B.)

London, 8. Mai, Abends. Stanley hatte heute Einzelbesprechungen mit mehreren Conferenzmitgliedern, deren Gegenstand angeblich die Garantiefrage war. Die Stimmung in diplomatischen Kreisen ist hoffnungsvoll. Labouchères vorgestern ohne Angabe eines Grundes vertagte Interpellation kommt wahrscheinlich heute vor. (Wolff's T. B.)

Florenz, 8. Mai. Der König verzichtete auf 4 Millionen jährlich von der Civilliste. Die Heirath des Prinzen Amadeus mit der Prinzessin von Cisterna ist officiell angekündigt. (Wolff's T. B.)

Dresden, 8. Mai. Das „Dresdener Journal" dementirt auf das Entschiedenste die von den Zeitungen gebrachte Nachricht, daß die sächsische Regierung die Convertirung der sechsprocentigen Handdarlehnsschuld in eine fünfprocentige Staatsschuld eingeleitet habe oder einzuleiten beabsichtige.

London, 8. Mai. „Times" und „Morning Post" stellen eine baldige und befriedigende Lösung der schwebenden Differenzen in Aussicht; letzteres Journal meint sogar, die Verhandlungen würden bereits Sonnabend zum Abschluß gelangen. (Zum Theil schon gemeldet.)

Aus New-York vom 27. April wird per Dampfer „Baltimore" gemeldet: Kaiserlichen Berichten zufolge wurde Puebla zurückerobert.

Berlin, 8. Mai. Die Ungewißheit der Verhältnisse und die Meinungsschwankungen über den Ausgang der Londoner Conferenz befestigen die Börse in ihrer Unschlüssigkeit. Ohne nach der einen oder anderen Richtung entschieden herauszutreten, läßt sie sich selbst durch Antriebe, die ihr bald zum Kaufen, bald zum Verkaufen gegeben werden, nur temporär aus der abwartenden Stellung herauslocken. Heute wurde durch ein dreistes Manöver versucht, einen starken Coup à la baisse zu führen. Extrablätter mit einem Reuter'schen Londoner Telegramm wurden am Eingange vertheilt, damit aber nur eine schwache Wirkung erzielt. Das Wolff'sche Telegramm aus London gab den Friedenshoffnungen eine neue Kräftigung. Die Haltung schwankte zwar bisweilen noch, im Ganzen behielt aber die festere Tendenz das Uebergewicht. Dagegen war das Geschäft fast noch beschränkter als gestern. Um wenigstens diejenigen Effecten hervorzuheben, in denen verhältnißmäßig das meiste Geschäft stattfand, nennen wir Nordbahn, Ital., Lomb., Loose. Für Rhein-Nahe war einige Frage, der Umsatz darin aber noch geringer als in den vorher genannten Papieren, der Cours herabgesetzt, dasselbe gilt von den schweren inländischen Actien. Von diesen waren namentlich Oberschlesische und Rheinische begehrt, letztere selbst zu etwas besserem Course. Auch für Mainzer war Frage, für Bexbacher brachte ein Auftrag bei der Knappheit des Materials einen höheren Cours. Auch sonst hatten Actien, für welche Aufträge vorhanden waren, eine festere Tendenz, speciell Potsdamer und auch Nordbahn, obgleich bekannt ward, daß die Dividende nur 4 pCt. betragen könne und deren Genehmigung möglicherweise von der Staatsbehörde beanstandet werden dürfte. Stark angeboten Mastrichter. Köln-Mindener 1 pCt. niedriger beliebt. Am Schlusse wurde durch später eingetroffene Wiener Course die Tendenz der österreich. Effecten und der Italiener noch günstiger. Von den Russen waren Prämien-Anleihe matter, die Haltung der übrigen fest. Amerikaner, in Folge abermals höherer Goldnotiz, angeboten. Rumänische Anleihe 62 bez. u. Br. Preuß. Anleihen vielfach matter, nur 4pCt. gefragt und höher. Preuß. Bank 1 pCt. besser, Genfer in Posten umgesetzt, sonst häufig Coursverschlechterungen. — Prämie für Amerikaner pr. ult. 77—1 bez., pr. Juni 78—1½.

Am Schlusse erfahren wir durch ein Privat-Telegramm, daß England in der Conferenz der Garantie-Uebernahme, vorbehaltlich der Genehmigung des Parlaments, zugestimmt habe. (B.- u. H.-Z.)

Breslau, 9. Mai. [Wasserstand.] O.-P. 16 F. 8 Z. U.-P. 3 F. 4 Z.

Berliner Börse vom 8. Mai 1867.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anl.	4½	96½ bz.
Staats-Anl. von 1859	5	101½ bz.
dito 1850. 52	4	87 bz.
dito 1853	4	87 bz.
dito 1854	4½	96½ bz.
dito 1855	4½	96½ bz.
dito 1856	4½	96½ bz.
dito 1857	4½	96½ bz.
dito 1859	4½	96½ bz.
dito 1864	4½	96½ bz
Staats-Schuldscheine	3½	86¾ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	118¼ bz.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	96½ B.
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3½	74½ bz.
Pommersche	3½	75 B.
Posensche	4	— — —
dito	3½	— — —
dito neue	4	86½ bz.
Schlesische	3½	83½ bz.
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	88½ bz.
Pommersche	4	88½ B.
Posensche	4	87½ B.
Preussische	4	88½ bz.
Westph. u. Rhein.	4	— — —
Sächsische	4	89½ bz.
Schlesische	4	90⅝ G.

Louisd'or 111¼ G. | Oest.Bk. 76⅝ bz.
Goldkr. 9. 9 bz. | Poln.Bkn. — — —

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metalliques.	5	44½ G.
dito Nat.-Anl.	5	53¼ bz.
dito Lot.-A.v.60	4	63 bz. z. G.
dito dito 64	—	38 bz.
dito 54er Pr.-A.	4	58 B.
dito Eisenb.-L.	—	65 bz.
Ital. neue 5 proc. Anl.	5	46¾ à 47½ bz.
Russ. Engl. Anl. 1862	5	84¼ bz. u. G.
dito Holl. Anl. 1864	5	85½ G.
dito Poln. Sch.-Obl.	4	59½ bz.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	53 G.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	91 bz.
dito à 300 Fl.	5	89 G.
Kurhess. 40 Thlr. Obl.	—	54¼ B.
Baden. 35 Fl. Loose	—	— — —
Amerikan. St.-Anl.	6	75¾ à 76⅛ bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märkische	4½	— — —
dito II.	4½	93 bz.
dito IV.	4½	— — —
dito III. v. St. 3½ g.	3½	74½ bz.
Cöln-Minden	4½	— — —
dito II.	5	102 B.
dito	4	— — —
dito III	4	83¼ B.
dito	4½	92½ G.
dito IV.	4	82¾ bz.
dito V.	4	82¾ bz.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	— — —
dito III. Em	4½	87¼ B.
Gal. Ludwigsb.	5	75⅝ bz.
Niederschl.-Märk.	4	87¾ B.
dito conv.	4	87¾ B.
dito III.	4	85½ B.
dito IV.	4½	— — —
Ndschl. Zweigb. L. C.	5	99 B.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	— — —
dito C.	4	— — —
dito D.	4	83 bz.
dito E.	3½	76½ G.
dito F.	4½	— — —
dito G.	4½	— — —
Oest.-Franz.	3	232 bz.
Oest. südl. St.-B.	3	214 bz.
Rhein. v. St. gar.	4½	— — —
Rhein-Nahe-B. gar.	4½	93 B.

Eisenbahn Stamm-Actien

Dividende pro	1865.	1866.		
Aachen-Mastrich	—	—	4	33½ bz.
Amsterd.-Rottd.	7¼	4⅚	4	90½ bz. u. G.
Berg.-Märkische	9	8¼	4	135 à 136 bz.
Berlin-Anhalt.	13	16	4	208 bz.
Berlin-Görlitz	—	—	4	67½ bz.
dito St.-Prior.	—	—	5	95¼ bz.
Berlin-Hamburg.	9½	9	4	— — —
Berl.-Potsd.-Mgd.	16	16	4	201 bz
Berlin-Stettin.	8	8 7/12	4	133 bz.
Böhm.-Westb.	—	—	6	56¾ B.
Breslau-Freib.	9	9⅙	4	132 bz.
Cöln-Minden.	17⅔	9	4	130 à 131 bz.
Cosel-Oderberg.	2¼	2⅓	4	54¾ bz.
dito St.-Prior.	—	4½	4½	72 bz.
dito dito	—	5	5	81 bz.
Galiz. Ludwigsb.	5	—	5	79¼ etw. bz.
Ludwigsh. Bexb.	10	10⅖	4	141 G.
Magd.-Halberst.	15	—	4	185 G.
Magd.-Leipzig	20	—	4	246 bz.
Mainz-Ludwigsh.	8	—	4	119 bz u. G.
Mecklenburger.	3	3	4	72½ bz.
Neisse-Brieger.	5 5/12	—	4	91¾ bz.
Niedrschl. Märk.	—	4	4	88 G.
Niedrschl. Zwgb.	3⅔	5½	4	90 G.
Nordb. Fr.-Wilh.	4	—	4	84¾ à 85¾ bz
Oberschl. A.	11⅔	12	3½	175 à 176 bz.
dito B.	11⅔	12	3½	150 bz.
dito C.	11⅔	12	3½	175 à 176 bz.
Oestr.-Fr. St.-B.	5	—	5	101 bz.
Oestr. südl. St.-B.	7½	—	5	87¼ à 99 bz.
Oppeln-Tarnow.	3¼	—	5	72½ bz.
Rheinische.	7	—	4	107½ à 108½ bz
dito Stamm-Pr.	7	—	4	— — —
Rhein-Nahebahn	—	0	4	27½ bz.
Stargard-Posen.	4½	4½	4½	92¾ bz.
Thüringer	—	—	4	132½ B
Warschau-Wien.	8½	—	5	57 bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V.	8¼	12	4	153 B.
Braunschw. B.	—	0	4	89 B.
Bremer Bank	6½	8	4	112 G.
Danziger Bank	7 3/10	8	4	108 bz.
Darmst. Zettelb.	7½	4	4	90 G.
Geraer Bank	7⅝	7⅜	4	99½ B
Gothaer „	7½	5	4	92 B.
Hannoversche B.	4	5⅕	4	80 bz
Hamb. Nordd. B.	9	8½	4	114 B.
„ Vereins-B.	8 19/32	10 3/16	4	109⅜ B.
Königsberger B.	6½	7 7/10	4	111 G
Luxemburger B.	6	6	4	81¾ B.
Magdeburger B.	5½	5	4	88 G.
Posener Bank	6½	7½	4	96 B.
Preuss. Bank-A.	10 14/15	13⅛	4½	146½ bz.
Thüringer Bank	4	4	4	61 G.
Weimar „	6½	4¼	4	87½ etw. bz.
Berl. Hand.-Ges.	8	8	4	104½ bz.
Coburg Credb.A.	8½	4	4	74 G.
Darmstädter „	6½	4½	4	75¼ etw. bz.
Dessauer „	—	0	—	2¼ G.
Disc. Com.-Anth.	6½	8	4	98½ bz.
Genfer Credb.-A.	—	0	4	24¾ bz.
Leipziger „	4	—	4	78¼ G.
Meininger „	7	—	4	89 etw. bz.
Moldauer Lds.-B.	—	—	4	18 B.
Oesterr. Credb.A.	4½	—	5	63¾ à 64¼ bz.
Schl. Bank.-Ver.	7½	7½	4	112 B.
Minerva	1	—	5	31½ bz.
Fbr. v. Eisenbdf.	5½	10	6	110½ bz.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

Paris, 8. Mai, Nachm. 3 Uhr. Schluß-Course: 3% Rente 68, 32. Italienische 5% Rente 49, 85. 3% Spanier —, —. 1% Spanier — —. Oesterreichische Staats-Eisenbahn-Actien 385, —. Credit-Mobil.-Actien 366, 25. Lombard. Eisenbahn-Actien 363, 75. Oesterr. Anleihe von 1865 323, 75. 6% Ver. St.-Anl. von 1882 80⅝. — Unbelebt. — Anfangscours 68, 45 bis 68, 32.

Paris, 8. Mai, Mittags. Die 3% Rente eröffnete bei ziemlich fester Haltung der Börse zu 68, 40.

London, 8. Mai, Nachm. 4 Uhr. Schluß-Course: Consols 91¼. 1% Spanier 31. Ital. 5proc. Rente 48⅞. Lombarden 15⅝. Mexicaner 15⅞. 5proc. Russen 85. Neue Russen 85. Russ. Prämien-Anleihe von 1864 —. Russ. Prämien-Anleihe von 1866 —. Silber 60¾. Türkische Anleihe 1865 29⅞. 6proc. Verein. St.-Anl. pr. 1882 71⅞.

Die Dampfer „City of York", „City of Limerick", „China", „Tarifa", „Denmark" sind eingetroffen.

Frankfurt a. M., 8. Mai, Nachmitt. 2 Uhr 30 Min. Ziemlich fest, aber still. Schluß-Course: Wiener Wechsel 89¼. Finnländ. Anleihe —. Neue Finnländ. 4½% Pfandbriefe —. 6% Verein. Staaten-Anleihe 1882 75⅞. Oesterr. Bankantheile 633. Oesterr. Credit-Actien 149⅞. Darmstädter Bank-Actien 193½. Meininger Credit-Actien —. Oesterr.-Franz.-Staats-Eisenbahn-Actien —. Oesterreich. Elisabetbahn 100. Böhmische Westbahn —. Rhein-Nahe-Bahn —. Ludwigshafen-Bexbach 142. Hessische Ludwigsbahn —. Darmstädter Zettelbank —. Oesterr. 5% steuerfreie Anleihe 45⅝. 1854er Loose 56½. 1860er Loose 63⅞. 1864er Loose 66¾. Badische Loose 54¾. Kurhessische Loose 52. 5% österreich. Anleihe von 1859 58¾. Oesterr. National-Anleihe 51¼. 5% Metalliques —. 4½% Metall. 38. Baierische Prämien-Anleihe 95½.

Frankfurt a. M., 8. Mai, Abends. [Effecten-Societät.] Beliebt, Schluß matter. Nationalanleihe 51⅝, Credit-Actien 150¼, 1860er Loose 63½, steuerfreie Anleihe 45¾, österr. Anleihe von 1859 58⅝, Amerikaner 75⅞.

Wien, 8. Mai. [Abend-Börse.] Fest. Credit-Actien 166, 70. Nordbahn 164, 50. 1860er Loose 83, 10. 1864er Loose 74, 30. Staatsbahn 200, 80. Galizier —, —. Steuerfreies Anlehen 59, 85. Napoleonsd'or —, —.

Hamburg, 8. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Min. In Fonds beschränktes Geschäft bei schwankenden Coursen, Valuten schwächer. Hamb. Staats-Prämien-Anleihe 87. — Schluß-Course: National-Anleihe — Oesterreichische Credit-Actien 63⅞. Oesterr. 1860er Loose 62. Mexicaner —. Vereinsbank 109½. Norddeutsche Bank 115¼. Rheinische Bahn 106¼. Nordbahn 85. Altona-Kiel 123½. Finnländische Anleihe 81. 1864er Russ. Prämien-Anleihe 83¾. 1866er Russ. Prämien-Anleihe 80½. 6proc. Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 69⅞. Disconto 2¾ pCt.

Hamburg, 8. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen kaum behauptet. Weizen pr. Mai 5400 Pfd. netto 165 Bancothaler Br., 164 Gld., pr. Mai-Juni 159 Br., 158 Gld. Roggen pr. Mai 5000 Pfund Brutto 111 Br., 110½ G., pr. Mai-Juni 109½ Br., 109 Gld., Hafer flau. Oel matt, pr. Mai 23¾, pr. October 25⅞. Spiritus stille, 24 Kaffee fest, verkauft 3000 Sack. Zink sehr ruhig. — Sehr schönes Wetter.

Liverpool, 8. Mai, Mittags. Baumwolle: 15,000 Ballen Umsatz. Gute Nachfrage. Middling Amerikanische 11, middling Orleans 11¼, fair Dhollerah 9½, good middling fair Dhollerah 9, middling Dhollerah 8½, Bengal 7½, good fair Bengal 8½, Domra 9½, Pernam 12¾, Egyptian 14½.

London, 8. Mai. Getreidemarkt (Schlußbericht). Sehr schwache Zufuhren von englischem Weizen reichliche von fremdem Weizen, Gerste und Hafer. Sehr geringes Geschäft, weil Weizen-Inhaber zu niedrigeren Preisen nicht abgeben wollen. — Schönes Wetter.

Amsterdam, 8. Mai. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen und Roggen Sommertermine etwas höher, sonst unverändert. Raps pr. Mai —, pr. October 69½. Rüböl pr. Mai —, pr. October-Dezember 38⅞.

Antwerpen, 8. Mai. Petroleum, raff. Type, weiß, 44 Frcs. per 100 Ko.

Berlin, 8. Mai. Roggen loco 80—81pfd. 67—69½ Thlr. am Bassin ab Kahn bez. — Rüböl loco 11⅙ Thlr. Br. — Spiritus loco ohne Faß 18¾ Thlr. bez., pro Mai und Mai-Juni 17 19/24—18 Thlr. bez., Juni-Juli 17 11/12—18 1/12 Thlr. bez., Juli-Aug. 18⅚—⅙—⅚ Thlr. bez. und Br., ⅓ Thlr. Gld., Aug.-Sept. 18⅔—½—⅚ Thlr. bez., Septbr.-Oct. 18¼ Thlr. bez.

⊕ **Breslau**, 9. Mai. Wind: West. Wetter: Schön. Thermometer: Früh 11 Grad Wärme. Am heutigen Markte war, mit Ausnahme von Roggen, der Geschäftsverkehr beschränkt, Roggen allein war neuerdings preissteigend.

Weizen matter, pr. 84 Pfd. schlesischer weißer 95—106 Sgr., gelber 94—104 Sgr., feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt, galizischer und polnischer weißer 93—104 Sgr., gelber 93—102 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Roggen blieb in feiner Waare begehrt, pr. 84 Pfd. 81—85 Sgr., feinste Sorten 86 Sgr. bezahlt. — Gerste wenig angeboten, pr. 74 Pfd. helle 59—62 Sgr., gelbe 52—56 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Hafer gefragt, pr. 50 Pfd. schlesischer 40—43 Sgr., galizischer 38—40 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Erbsen mehr beachtet. — Wicken offerirt. — Oelsaaten preishaltend. — Lupinen angeboten, pr. 50 Pfd. gelbe 38—44 Sgr., blaue 40 bis 44 Sgr. — Schlesische Bohnen wenig beachtet. — Schlaglein gute Kauflust. — Rapskuchen beachtet, 51 bis 53 Sgr. pr. Ctnr.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Schff.
Weißer Weizen	95—101—106	Bohnen	70—85—92
Gelber Weizen	95—100—104		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	81—84—86	Schlag-Leinsaat	170—190—200
Gerste	54—57—62	Winter-Raps	175—188—196
Hafer	38—40—43	Winter-Rübsen	162—172—182
Erbsen	64—70—76	Sommer-Rübsen	142—150—160
Wicken	50—53—56	Leindotter	136—140—156

Kleesaat ohne Umsatz, rothe 12—15 Thlr., hochfeine über Notiz, — weiße 12—25 Thlr., hochfeine über Notiz pr. Ctr.

Thymothee ohne Handel, 10—11 Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. Netto 34—44 Sgr. Metze 2—2½ Sgr.

Wirklicher reeler Ausverkauf
wegen Aufgabe unseres fertigen
Herren-Garderoben-Lagers
zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
Meyer & Loewy,
[4794] Albrechtsstraße 43.

Oberhemden in Leinen und Shirting nur unter Garantie des Gutsitzens liefert zu herabgesetzten Preisen die Wäschefabrik von L. Seidenberg, Schweidnitzerstr. 12.
Bei Bestellungen bitte, die Halsweite genau anzugeben. [4793]

Steppdecken in Thybet und Purpur, Herren- und Damenwäsche in allen Gattungen empfiehlt die Modewaarenhandlung von [4794]
J. Ringo, Ohlauerstraße 80, vis-à-vis dem weißen Adler.

Oberhemden, à 25 Sgr., 1 Thlr., 1½, 2 und 2½ Thlr. [4642]
M. Raschkow, Leinwandhandlung, Schmiedebrücke Nr. 10.

Zu Ausstattungen
empfiehlt sich die große Leinwand-Handlung und Wäsche-Fabrik
von **Ed. Bielschowsky jr.,**
76, Nikolaistraße 76, Herrenstraßen-Ecke, im früher Ohagen'schen Locale.

Die Commandite der ersten Dampf-Maschinen-Chocoladen-, Confituren- und Honigkuchen-Fabrik von [4760]
Gebr. Miethe, Hoflieferanten,
empfiehlt sich einem hohen Adel und geehrten Publikum zur geneigten Beachtung. **Nikolaistr. 77,** im 1. Viertel vom Ringe.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.